

Posener Zeitung.

Vierundsechzigster

Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureau:
In Posen
außer in der Expedition
bei Krupski (C. H. Meiri & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedr. Str. Ecke 4;
in Grah bei Herrn J. Streifand;
in Frankfurt a. M.:
C. F. Danke & Co.

Annoncen-
Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Kudolph Hoffe;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Wien u. Basel:
Haasenstein & Vogler;
in Berlin:
A. Relemeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Kahlh.

Nr. 122.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt wöchentlich
für die Stadt Posen 14 Sgr., für ganz
Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bei Einlagen
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Montag, 13. März

Inserate 14 Sgr. die fünfgehaltene Zeile oder
deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher,
nach der Expedition zu richten und werden für
die an demselben Tage erscheinende Nummer nur
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1871.

Amtliches.

Berlin, 11. März. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht:
Dem Geh. Reg. Rath Eichen. v. Thermo zu Frankfurt a. O. den Rothen
Adler-Orden 2. Kl. mit Ehrenlaub zu verleihen; und den Prem.-Lieutenant
a. D. v. d. Marwitz zu Dillenburg zum Geleit-Direktor zu ernennen.

Der zur Zeit als Hilfsarbeiter in der Bau-Abtheilung des Kgl. Mini-
steriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten beschäftigte Kgl.
Baubaumeister Weber (früher zu Stettin) ist zum Kgl. Bau-Insp.ektor er-
nannt und demselben die Stelle eines solchen bei der Kgl. Ministerial-Bau-
kommission hieselbst verliehen worden.

Dem Lehrer Dr. Crouze am Kadetten-Corps zu Berlin ist das Prä-
dikat Oberlehrer verliehen worden.

Was uns vor allem Noth thut.*)

Zum ersten Male, seitdem wir zum Reichstage wählen, ist
der Ausfall der Wahlen in unserer Provinz ein ganz entschieden
ungünstiger. Es waren drei deutsche Abgeordnete neben neun
polnischen gewählt, aber, wie sich gewöhnlich das Unglück zu den
Folgen menschlicher Schläffheit und Verblendung zu gesellen
pflegt, einer von diesen dreien, ein vortrefflicher Mann, um das
deutsche Wesen im Großherzogthum hoch verdient, wurde uns
unmittelbar nach der Wahl durch einen jähen Tod entzissen.
So haben wir in diesem Augenblicke nur zwei Vertreter und
werden auch im allernächsten Falle, welchen wir kaum zu
hoffen wagen, immer noch nur durch eine Minorität von Abge-
ordneten vertreten sein.

Eine Niederlage, wie wir sie erlitten haben, wäre unter
allen Umständen, wäre zu jeder Zeit höchst beklagenswerth. Dop-
pelt schmerzhaft muß sie aber gerade jetzt empfunden werden.
Unser deutsches Vaterland ist aus einem aufgezungenen, blu-
tigen und opferreichen Kampfe gegen den Erbfeind nicht nur
mit höchstem Siegesruhm und mit dem Gewinn schwerwiegender
materieller Bürgschaften für seine Sicherheit, sondern auch als ein
einiges, als ein großes Reich hervorgegangen, über das Preußens
Könige als kaiserliche Schirmherren walten. Zum ersten Male
tritt ein deutscher Reichstag zusammen, eine Vertretung des
deutschen Volks im neuen Reiche, und in diesem Reichstage soll
Polen durch Gegner des deutschen Reiches vertreten sein. In
dessen gibt es in politischen Dingen nichts abgeklärteres, als
eine elegische Stimmung, und nichts unberechtigteres. Was ge-
schehen ist, ist kein Welterschmerz, kein Faktum, kein Wunder:
es ist nichts geschehen, als was wir gethan oder zugelassen haben.
Mag auch mancher deutsche Mann in engem Kreise mit re-
blichem Willen und Eifer gearbeitet haben, alle haben ihre Zeit
verfaßt, niemand hat an eine umfassende Organisation ge-
dacht, niemand die Erfahrungen früherer Wahlen ausreichend
verwerthet.

Wir haben alle schwer gesündigt
Und mangeln alleammt am Ruhm.

Und doch fehlte es nicht an den stärksten Antrieben, welche
für Wähler irgend denkbar sind. Wir wußten, daß eine ener-
gische Agitation auch in der Provinz Polen keineswegs ohne
Frucht bleibt, wir wußten, daß die Deutschen ohne eine solche
hier nichts erreichen. Unsere Brüder standen draußen im Felde
und stritten mit ramentlosem Heldenmuth für die deutsche Sache;
sie achteten nicht Wunden, nicht Mühsal, nicht Winterkrost;
mußte uns ihr Beispiel nicht begeistern, unsere so wenig mü-
hsame, so gefahrlose Wählerpflicht mit höchster Treue zu erfüllen?
Und dann — wer siegt, wo wir unterliegen? Ist es eine Partei,
welche zwar in manchen Punkten von unseren politischen An-
schauungen abweicht, aber mit uns auf demselben Boden vater-
ländischer Gefinnung steht? Sind es Staatsbürger einer andern
Nationalität, welcher sie innerhalb des großen Staatsganzen den
gehörigen Platz gesichert wissen wollten? Nein, wir wußten
daß wir Gegnern gegenüberstanden, welche dem neu geschaffenen
Staat bewußte Feindschaft entgegenbrachten. Wir legen geringes
Gewicht auf die Insulten, welche sich Gassenbuben — wohl zum
Theil von sehr guter Herkunft, Jesuitenknaben; gegen die deutsche
Schuljugend erlaubten, als diese den Sieg von Sedan feierte;
wir legen geringes Gewicht auf die Erzeße, welche der polnische
Pöbel in landesverrätherischer Gefinnung hie und da gegen
preussische Bürger verübt hat, welche die Siege ihres Königs
und Kaisers feierten. Es fällt uns nicht ein, die gebildeten und
aufgeklärten Polen für die Rohheit einer unter geistlichen Ein-
flüssen stehenden Herde verantwortlich zu machen. Aber gerade
die Führer der polnischen Partei, die maßvollen, besonnenen, klugen
Leiter der Wahlbewegung haben kein Hehl daraus gemacht, daß
sie dem neuen deutschen Staate nur gezwungen angehören.
Mit einem Proteste gegen die Zugehörigkeit des Großherzog-
thums zum Nordbunde sind sie in den ersten Norddeutschen
Reichstag eingetreten. Und sie haben damit im Sinne fast des
gesammten Polenthums gehandelt, dessen publizistischen Dr.ane
bei aller klugen Zurückhaltung, deren sie sich auf preussischen
Boden befleißigen, es doch nicht verschweigen, daß sie eine feind-
liche Stellung zum deutschen Volke für eine unerläßliche Eigen-
schaft eines polnischen Patrioten halten. Noch ist kein Jahr ver-

gangen, seit Dr. Robinski einer friedlichen, rein positiven Pflege
des polnischen Wesens und der politischen Anlehnung an den
Staat, welchem die hiesigen Polen nun doch einmal angehören,
das Wort redete — und — widerrufen mußte, denn aus der
angeblichen Berichtigung blühte der Widerspruch deutlich hervor.
Diesen Thatsachen gegenüber zweifelte kein Deutscher in der
Provinz daran, daß die Polen ihre Abgeordneten nur wählen
würden, um durch diese als ihre legitimen Vertreter im deut-
schen Reichstage gegen die Zugehörigkeit der Provinz zum
deutschen Kaiserreiche zu protestiren und uns so, soviel in ihrem
Willen liegt, jedes Antheils an den großen und theuren Er-
rungenschaften der schweren Kämpfe zu berauben.

Solchen Gefinnungen, Bestrebungen und Absichten gegen-
über mußten es die deutschen Wähler als ihre höchste Pflicht
und als ihr höchstes Interesse erkennen, mit allen gesetzlich
und fittlich erlaubten Mitteln die Wahl möglichst vieler deutschen
Abgeordneten durchzusetzen, damit der böse Scheln vermieden
würde, als ob die Mehrheit der Bewohner dieser Provinz sich
nicht als rechte Preußen fühlte und innerhalb des preussischen
Staats eine unmögliche Sonderstellung verlangte. Ein neuer
Sporn mußte endlich in der vortrefflichen Organisation und in
der hohen Einmüthigkeit der Polen liegen, an welcher jene
jesuitische Intrigue, für die wir wahrlich keine Sympathie haben
konnten, schmachvoll scheitern sollte.

Und was thaten nun die Deutschen, so mächtigen, fittlichen
Antrieben gegenüber? Weniger als je zuvor. Und doch lag
nahe genug, was zu thun war. Es handelte sich um gar nichts
neues, sondern um etwas schon einmal versuchtes und — mit
glänzendem Erfolge versuchtes.

Auch bei der ersten Wahl zum Norddeutschen Reichstage
fehlte es nicht an Wahlkreisen, wo man sich über den aufzustel-
lenden Kandidaten entzweite, wo sich eine Minderheit der Mehr-
heit nicht fügen wollte, wo vielleicht ein Landrath das dringende
Bedürfnis fühlte, zu kandidiren und sollte in Folge dessen auch
statt eines loyal gefinnten Norddeutschen ein erklärter Feind der
großen Schöpfung des Jahres 1866 gewählt werden. Aber
überall wurden die Schwierigkeiten rechtzeitig beseitigt durch die
Vermittlung des Zentralkomitees. Wir thaten und thaten
wußte das Zentralkomitee überall die Einigkeit der Deutschen her-
zustellen. Bei jenen Ergeizigen, welche die deutsche Sache ge-
fährdeten, machte ein Mann von hoher Stellung, der in der
Provinz unvergessen bleiben wird, seinen schwerwiegenden Ein-
fluß zu Gunsten einer patriotischen Einigung geltend, und sie
traten rechtzeitig von der Kandidatur zurück. So unterlagen
die Deutschen nur da, wo sie in der entschieden Minderzahl waren.

Diesmal fehlte ein Zentral-Wahlkomitee, und auch die Kreis-
Wahlkomitees gingen meistens so spät und gewiß mehrfach auch
mit so unzureichender Energie ans Werk, daß ein schlechter Er-
folg nicht ausbleiben konnte.

Aber wozu sprechen wir jetzt von den gemachten Fehlern,
jetzt, wo sie nicht mehr gut zu machen sind, und wo die näch-
sten allgemeinen Reichstagswahlen voraussichtlich erst in drei
Jahren stattfinden werden? Weil wir schon jetzt, und nicht
erst in drei Jahren, ein Zentral-Wahlkomitee gebrauchen. Wenn
dasselbe auch zu spät kommen sollte, um bei den Nachwahlen
eine nützliche Thätigkeit entwickeln zu können, so kommt es doch
noch rechtzeitig, um in allen Wahlbezirken, wo deutsche Wahl-
komitees bestanden haben, diese zu einer durchaus notwendigen,
bis jetzt wohl meistens versäumten Thätigkeit post festum anzu-
spornen. Es gilt jetzt die Erfahrungen festzustellen und aufzu-
zeichnen, welche bei dieser Wahl gemacht worden sind. Vor
Allem ist es nöthig, über die Personen Bu zu führen, welche
jetzt das Amt eines Vertrauensmannes bekleidet haben. Hätte
man das nach der vorletzten Wahl gethan und hätten so z. B.
dem Posener Komitee Notizen darüber vorgelegen, welche Persön-
lichkeiten sich damals bewährt haben, welche nicht, so würde es
wohl nicht vorgekommen sein, daß jetzt Vertrauensmänner beinahe
in der letzten Stunde die Wahlzettel zurückgickten, andere sich
ihrer Verpflichtung in der nachlässigsten Weise entledigten.
Vielleicht wird es dann gut sein, auch die Lokalkomitees als
„Wahlvereine“ fortbestehen zu lassen. Jedenfalls müßten die
Alten jeder Wahl aufbewahrt und dem Komitee für die nächste
Wahl rechtzeitig übergeben werden. Das Zentral-Komitee, dessen
Fortbestand unerläßlich ist, wird dann dafür zu sorgen haben,
daß überall die Wahlbewegung rechtzeitig beginnt. Wenig-
stens drei Wochen vor der Wahl muß eine Wählerversammlung
berufen werden, welche ein Komitee wählt und zugleich die Kan-
didatenfrage vorläufig diskutiert. Dieses Komitee empfängt dann die Al-
ten des vorigen Wahlkomitees und bestimmt Vertrauensmänner,
welche ihrerseits wieder eine Art von Bezirks-Komitee zusammen-
bringen und Zeit genug haben, um in aller Ruhe den „Schlep-
perdienst“ zu organisiren. Denn geschleppt werden müssen leider
nur zu viele Wähler, — nicht nur unter den geringeren Leuten.
Sieht es hier in Posen doch sogar höhere Beamte, welche es mit
ihrer Pflicht gegen Kaiser und Vaterland vereinbar achten, am
Wahltag zu fehlen.

Doch das sind spätere Sorgen. Für jetzt handelt es sich
nur darum, daß ein Zentralkomitee errichtet und durch dieses in
allen Bezirken die nöthigen Erhebungen über die letzte Wahl,
die sich natürlich keineswegs bloß auf die Vertrauensmänner zu be-
schränken habe, in geeigneter Weise veranlaßt werden. „Es
muß aber gleich sein.“

A.

Kriegsstatistik.

Der jetzt beendete deutsch-französische Krieg von 1870—71
bietet in seinem siebenmonatlichen Verlaufe ein reiches mili-
tärlich-statistisches Interesse, bezüglich dessen wir nachstehend
einige wesentlichere Momente hervorheben.

Der Krieg wurde am 19. Juli 1870 von Paris aus er-
klärt, am 28. Januar 1871 durch die Kapitulation von Paris
auf den meisten seiner Schauplätze, am 16. Februar auch für
das letzte der Kriegstheater beendet; er hat somit eine Dauer
von im Ganzen 210 Tagen gehabt.

In den ersten Tagen dieses Zeitraumes, nämlich bis zum
26. Juli, wurde die Mobilmachung der gesammten norddeutschen
Armeen, in derselben Zeit auch die der Truppen der süddeutschen
Staaten bewirkt, während der strategische Aufmarsch der
gesammten deutschen Heere in der Linie Trier-Badon in etwa
13 Tagen stattfand. Bei der Stärke dieser Armee von 5 bis
600,000 Mann fand demnach zur Effectuirung dieser Aufstel-
lung auf den verschiedenen deutschen Bahnen eine tägliche Be-
förderung von durchschnittlich 42,000 Mann statt; diese Trup-
penzahl vertheilt sich auf 5 Hauptbahnen, von denen jedoch nur
drei als in erster Linie in Anspruch genommen betrachtet wer-
den können. Um diese ungeheuren militärischen, wie Eisenbahn-
Leistungen ihrer wahren Bedeutung nach beurtheilen zu können,
muß man ferner der enormen Transporte an Pferden, Ge-
schützen, Munition und Fahrzeugen gedenken, welche gleichzeitig
zur Beförderung gelangten, so wie des Umstandes, daß bis vor
Jahresfrist ein Bataillon, eine Eskadron oder eine Batterie als
die reglementsmäßige Beladung eines Eisenbahnzuges erachtet
wurden, und endlich, daß vier preussische Armeekorps von ihren
Standquartieren bis zur französischen Grenze auf 80 bis 120
Meilen herangeführt und während dieser mehrtägigen Eisen-
bahnfahrt Mann und Roß verpflegt werden mußten.

In Folge dieser wahrhaft wunderbaren Schnelligkeit der
Mobilmachung wie der Aufstellung der Armeen, in welchen
Beziehungen zwei der Hauptbedingungen der errungenen Erfolge
in Versailles geführten Unterhandlungen, sind von der oben
berechneten 210-tägigen Dauer des Krieges rund 30 Tage in
Abzug zu bringen, so daß für die großartigen weiter unten zu
erwähnenden Erfolge ein Zeitraum von 180 Tagen zur Ver-
rechnung kommt.

In diesen 180 Tagen haben die deutschen Heere
156 mehr oder minder bedeutende Gefechte bestan-
den, 17 größere Schlachten geschlagen, 26 feste Plätze
genommen, 11,560 Offiziere, 363,000 Mann Ge-
fangene gemacht, über 6700 Geschütze und 120 Adler
oder Fahnen erbeutet.

Eine genauere Berechnung ergibt demnach, daß die deut-
schen Heere in jedem der sechs Monate wirklicher Kriegsführung
durchschnittlich 26 Gefechte und 3 Schlachten durchgeföhrt,
4 Festungen genommen, 1950 Offiziere und 60,500 Mann
gefangen und 1110 Geschütze und 20 Adler oder Fahnen erbeu-
tet haben. Es kommen somit beinahe auf jeden Tag des Krie-
ges ein Gefecht, auf jeden neunten Tag eine Schlacht, auf jeden
sechsten Tag eine eingenommene Festung; ferner auf jeden Tag
an Kriegsgefangenen 65 Offiziere und 2070 Mann, an Ge-
schützen 38 Stück, an Fahnen oder Adlern eine bezw. einer auf
je zwei von drei Tagen.

Thatsächlich vertheilen sich die Gefechte und Schlachten auf
die einzelnen Monate wie folgt: es kommen auf die Zeit bis
zur Kapitulation von Sedan 13 Gefechte, acht Schlachten —
bei Weißenburg, Wörth, Spicheren, Courcelles, Bionville, Grave-
lotte, Roisville und Beaumont-Sedan, — und die Einnahme
von vier festen Plätzen, Lügelfstein, Eichenberg, Marsal und
Blitz. In den Monat September fallen 13 Gefechte und die
Einnahme der Festungen Sedan, Laon, Toul und Straßburg,
in den Monat Oktober 37 Gefechte und der Fall der Festungen
Soissons, Schleifstadt und Metz, in den Monat November 15
Gefechte, zwei Schlachtstage, — die von Amiens und Beaune
la Rolande — und die Einnahme der Festungen Verdun,
Montbéliard, Neu-Breisch, Ham, Dödenhofen, la Fère und
der Zitadelle von Amiens, in den Monat Dezember 30 Ge-
fechte, die Schlachten vor und bei Orléans und an der Hallue,
sowie der Fall von Pfalzburg und Montmedy, in den Monat
Januar endlich 48 Gefechte, die Schlachten bei Le Mans, Mont-
béliard und St. Quentin und der Fall der Festungen Mézières,
Recrocy, Peronne, Longwy und Paris. Im Monat Februar
wurde endlich Belfort den deutschen Truppen vorläufig übergeben.

Der Zeitabschnitt der Zernirung von Paris währte vom
19. September bis zum 28. Januar, also 130 Tage, innerhalb
deren 22 größere Ausfallsgefechte stattfanden, welche bei vor-
stehender Berechnung durchweg der Zahl der Gefechte binzuge-
zählt worden sind, obgleich ein Theil derselben ihrer Ausdehnung
wie Bedeutung nach wohl den Schlachten des Krieges anzu-
reihen sein dürfte. Die Ziffer von 22 Ausfallsgefechten auf
130 Tage ergibt für den Monat fünf bis sechs, und zwar fal-
len auf den September deren drei, auf den Oktober acht, auf
den November zwei, auf den Dezember vier und fünf auf den
Januar.

An die hier angeführten Gefechts-, Schlachtstage u. s. w.

*) Wir haben uns über die Nothwendigkeit größerer Wahlthätigkeit
und Einigkeit unter den Deutschen unserer Provinz wiederholt ausgesprochen.
Leider haben wir vorgeblühend gewarnt. Seit treten wir einem Feinde u. n-
serer Rettung, welcher den begehrenden Artikel uns sendet, diesen Raum ab,
damit auch eine Stimme aus dem Publikum gehört werde. Mit dem hier
gemachten Vorschlage sind wir ganz einverstanden; wir haben schon 1869
bei Bildung eines Zentral-Wahlkomitees beauftragt. Red. der Pos. Stg.

reihen sich noch der 19. und der 21. September, sowie der 12. Oktober, an welchem die Segefechte bei Hiddense, in der Puziger Bucht und in der Havana stattfanden. (St.-Anz.)

Aus dem Felde.

Ueber die Abreise des Kaisers aus Versailles wird dem „Daily Telegraph“ unterm 7. d. M. aus genannter Stadt telegraphirt:

Die Abreise des Kaisers fand in aller Stille statt. Die Stunde war den französischen Behörden gegenüber geheim gehalten worden, und nur ein paar Hundert Einwohner von Versailles hatten sich vor der Nouvelle Préfecture versammelt, um den Monarchen scheidend zu sehen, der seit fünf Monaten unter ihnen gelebt hat. Eine Menge deutscher Offiziere jedoch hatten sich eingefunden, und als der Kaiser mit seinem Wagen unter dem Bogen der Eisenbahn, wurde er mit begeistertem Hoch empfangen. Die Offiziere, in voller Galauniform schwenkten ihre Helme und Federbüsche in die Luft und riefen: „Sei unser Kaiser hoch!“ Von der Préfectur bis zum Stadthor waren die Straßen von Truppen, die mit ihren Seitengewehren bewaffnet, eingefacht. Der Kaiser, in einfacher Feldmütze und Pelzrock stieg Punkt 8½ Uhr in den offenen, von vier Pferden gezogenen Wagen, und sobald er die Stadt verlassen, wurde die deutsche Flagge auf dem Préfecturgebäude eingezogen; bald darauf wurde die französische Flagge an ihrer Statt aufgestellt. Eine Abtheilung deutscher Soldaten ging indessen sofort, um die Artillerie einzuziehen, und diese verschwand denn auch bald, nachdem sie etwa eine halbe Stunde lang über dem Gebäude gewacht hatte. Die Bewohner von Versailles zeigten nur wenig Jubel ob der Abreise des Kaisers und des Kronprinzen, welche beide von allen Klassen der Bevölkerung in hohem Ansehen gehalten wurden. Auch scheint der bevorstehende Abzug der Garnison sie nicht sonderlich zu erbauen, denn diese hat während der Besetzung ungeheuer viel Geld in der Stadt verzehrt.

Deutschland.

Berlin, 12. März. Die verschiedenen Ausschüsse des Bundesraths waren in den letzten Tagen im Verein mit dem Rechnungsausschusse damit beschäftigt, den neulich von uns erwähnten Nachtragsetat für 1871 festzustellen. Es ist überall den Präsidialanträgen zugestimmt worden; die Erwerbung des Streichenbergischen Grundstücks für das Marineministerium hofft man diesmal um so mehr durch den Reichstag zu erlangen, als der Antrag in der letzten Session nur mit einer Majorität von 2 Stimmen gefallen war und die fehlenden Mitglieder der rechten Seite, welche man herbeiholt, zu spät eintrafen. Der, wie ich Ihnen gemeldet habe, kürzlich festgestellte Bericht des Verfassungsausschusses über den revidirten Verfassungsentwurf ist gestern erschienen. Es ist eine Arbeit des sächsischen Staatsministers v. Friesen, welche sich durch eine ungemein vorsichtige Behandlung des Materials und der Fassung auszeichnet. Der Ausschuss spricht mit der Tendenz und dem Inhalt der Vorlage sein vollständiges Einverständnis aus, verwahrt sich aber dagegen, daß eine Interpretation der Verfassung je in anderem Sinne erfolgen könnte, als in dem, welcher dem, zur Zeit ihrer Redaction zweifellos bestehendem am meisten entspricht. Dem Ausschuss schien indessen die bloße Erklärung des Einverständnisses mit der Vorlage nicht ausreichend, sondern die ausdrückliche Zustimmung des Reichstages der Verfassung in Form einer Vorlage zu einem besonderen Publikationsgesetz zur Veröffentlichung gelange, in welchem eine ausdrückliche jeden Zweifel ausschließende Bestimmung aufgenommen werden kann. Uebrigens giebt der Ausschuss zu, daß noch manche unklare und deutungsfähige Bestimmungen in der Verfassung vorhanden, daß er jedoch, um nicht durch allzu großes Bemühen, Deutlichkeit herbeizuführen, neuen Zweifel Raum zu schaffen, davon Abstand genommen hat. Charakteristisch für das ganze Schriftstück und seine Eigenartigkeit ist folgender Passus: „Zu Artikel 3 konnte der Ausschuss nicht vernehmen, daß der hier vorfindende Ausdruck „Deutschland“ in nationaler Hinsicht ein nicht ganz zutreffender sei. Denn das deutsche Reich umfaßt bekanntlich Landestheile, welche von einer Bevölkerung nicht deutscher Nationalität bewohnt werden, während neben und unabhängig vom deutschen Reiche große Gebiete bestehen, die von echt deutschen Volksstämmen bewohnt sind. Dessen ungeachtet hat der Ausschuss es nicht über sich gewinnen können, von dem Gebrauche dieses Wortes abzurathen. Durch die Einführung des Wortes „Deutschland“ als Ausdruck für das gesammte Bundesgebiet und des Ausdrucks „Deutsche“ für alle Angehörige desselben in die Verfassung des deutschen Reichs wird in keiner Hinsicht ein ausschließlicher Anspruch ausgedeutet, oder einer Berechtigung zu nahe getreten, es wird vielmehr nur ein staatsrechtlicher Ausdruck sanctionirt, ein Name für das gesammte Bundesgebiet und seine Bewohner, der durch die Thatsache gerechtfertigt erscheint, daß das Bundesgebiet den bei Weitem größten Theil Deutschlands und der deutschen Nation umfaßt und dagegen die Landestheile, die von Volksstämmen nicht deutscher Nationalität bewohnt werden, verhältnismäßig nur von geringer Größe und Anzahl sind. Das Publikationsgesetz hat folgenden Wortlaut: „Wir Wilhelm von G. G. Deutscher Kaiser u. verordnen nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und Reichstages wie folgt:

§. 1. An die Stelle der zwischen dem Norddeutschen Bunde und den Großherzogthümern Baden und Hessen vereinbarten Verfassung des deutschen Bundes, so wie der mit den Königreichen Bayern und Württemberg über den Beitritt zu dieser Union — Verfassung — geschlossenen Verträgen vom 23. und 25. November 1870 tritt die nachstehende Verfassung für das deutsche Reich. §. 2. Die Bestimmungen in Art. 80 der in §. 1 der gedachten Verfassung des deutschen Bundes unter III. §. 8 des Vertrages mit Baden vom 25. November 1870 in Art. 2 Nr. 6. des Vertrages mit Württemberg vom 25. Nov. 1870 über die Einführung der im Norddeutschen Bunde ergangenen Beschlüsse in diese Staaten bleiben in Kraft. Die dort bezeichneten Gesetze sind Reichsgesetze. Wo in denselben von dem Norddeutschen Bunde, dessen Verfassung, Gebiet, Mitgliedern oder Staaten, Indigenat, verfassungsmäßigen Organen, Angehörigen, Beamten, Flagge u. s. w. die Rede ist, sind das deutsche Reich und dessen entsprechende Beziehungen zu verstehen. Dasselbe gilt von denjenigen im norddeutschen Bunde ergangenen Gesetzen, welche in der Folge in einem der genannten Staaten eingeführt werden. §. 3. Die Vereinbarungen in dem zu Versailles, 16. Nov. 1870 aufgenommenen Protokolle, in der Verhandlung zu Berlin vom 25. Nov. 1870 dem Schlußprotokolle vom 23. Nov. 1870, sowie unter IV. des Vertrages mit Baden vom 23. Nov. 1870 werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

Berlin, 12. März. [Zum Einzug der Truppen. Die Grenzbestimmungen in den Präliminarien. Becker-Dortmund. Vom römischen Konzil. Lufseninsel.] Die Vorbereitungen zum Empfang der in Berlin und zwar so weit bis jetzt darüber Bestimmungen getroffen, zunächst am Montag den 1. Mai einziehenden Truppen sind in vollem

Gange und versprechen die Empfangsfeierlichkeiten großartige Dimensionen anzunehmen. In den verschiedenen Stadtbezirken haben sich für diesen Zweck bereits Eskadronen gebildet. Ein aus den Stadtbezirken 30 und 31 kombinirtes Komitee hat unter anderm auch bereits Veranlassung genommen, beim Polizeipräsidenten Herrn von Wurmb um die Erlaubnis zu öffentlichen Lustbarkeiten nachzusuchen; speziell wird beabsichtigt, den ganzen Dönhofsplatz zu einem Tanzplatz für die Truppen zu dem gedachten Tage herzurichten. Der Polizeipräsident ist bereit zu all dergleichen öffentlichen Lustbarkeiten u. die Erlaubnis zu ertheilen, unter den Bedingungen, daß die Bürgerchaft an jenem Tage selbst die Polizei handhabt und Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten sich verpflichtet. — Zwischen dem Polizeipräsidenten und dem Magistrat ist die Errichtung eines Corps von Bürgerkonstablern, wie solche in England bestehen, vereinbart worden, und ist bereits in diesen Tagen ein Aufruf an die Bürgerchaft, sich zur Uebernahme eines solchen Amtes zu melden, erfolgt. Das Corps, welches sich bei den bestimmten Gelegenheiten auf die verschiedenen Theile der Stadt vertheilen wird, soll aus einer Anzahl von 2000 Bürgern bestehen, deren Unverletzlichkeit durch Beamtenqualität gesichert werden wird. — An sämtliche hiesige Theater ist die Aufforderung gerichtet, Benefiz-Vorstellungen zu veranstalten, deren Ertrag zu einer solennen Bewirtung der Soldaten nach ihrem Einzuge in Berlin verwendet werden soll. — Ueber die Grenzbestimmungen in den Präliminarien läßt sich eine in dieser Frage anerkannte Autorität, Richard Böckh, in einem Schreiben an die „Spen. Itz.“ sehr befriedigend aus und glaubt nur auf einen Punkt aufmerksam machen zu müssen. Ein deutschredender Landestheil sei (an der Luxemburgischen Grenze) bei Frankreich belassen worden. Böckh hofft nun, daß bei den Grenzregulirungs-Verhandlungen, bei denen ja ohnehin noch ein ganzer Grenzzug im Ober-Elsass bis zur Schweizer Grenze bei Dattenried erst festgestellt werden muß, das Versäumte nachgeholt wird, daß man sich der vergessenen deutschen Ortschaften erinnert und auch diese in die Begrenzung des deutschen Reichs aufnimmt. — Bekanntlich hatte die Stadt Dortmund ihren langjährigen Vertreter im Abgeordnetenhaus und Reichstag, den Abgeordneten Dr. Hermann Becker zu ihrem ersten Bürgermeister gewählt. In einzelnen Kreisen glaubte man, diese Wahl werde nicht die Bestätigung des Königs erhalten. Wie wir jetzt hören, ist dieselbe auf Antrag des Ministers des Innern vor wenigen Tagen erfolgt. Den Herren v. Kleist-Ragow und v. Senft-Pilsach dürfte nun die Aussicht blühen, mit dem seiner Zeit viel erwähnten „rothen Becker“, dem Hauptangeklagten in dem berüchtigten Kölner Kommunistenprozeß, zu gleicher Zeit die heiligen Bänke des Herrenhauses zu drücken, denn auch Dortmund besitzt das Recht, einen gewählten Vertreter in das Herrenhaus zu senden. Bei der allgemeinen Achtung, welche Dr. Becker in Dortmund genießt, dürfte nicht zu zweifeln sein, daß auf ihn die Wahl fallen werde. — In einer eben erschienenen kleinen Schrift „zur Geschichte des vatikanischen Konzils“ macht Lord Acton, der Widerwärtiger der berühmten „römischen Briefe vom Konzil“ in der „Allgemeinen Z.“, die Enthüllung, daß alles Ernstes daran gedacht worden sei, König Johann von Sachsen mit der Vertretung der deutschen Regierungen und Laien beim Konzil zu betrauen. Der Plan sei nicht zur Ausführung gekommen, aber der König habe noch während der Verhandlungen bedauert, nicht zugegen sein und mäßigend einwirken zu können. Auch von dem Sturze des bairischen Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe sagt Lord Acton aus, daß derselbe gerade im rechten Augenblick für die Sorge der Jesuiten vor seiner Politik eingetreten sei. Weder das eine noch das andere dieser beiden negativen Ereignisse werden wir indessen heute sonderlich zu beklagen aufgelegt sein. Es hat sein Gutes, daß der Papst und die Jesuiten ihre Pläne ungehindert durchsetzen konnten; desto früher wird die Krisis kommen, welcher der Katholizismus in Deutschland offenbar entgegengeht, desto reiner und entschiedener verlaufen. — Am Geburtstage der Königin Luise (10. d. M.) war die Kaiserin-Jubiläum und das Standbild des Königs Friedrich Wilhelm III. im Thiergarten Seitens der Thiergarten-Verwaltung ausgeschmückt worden.

Die englische Regierung hat dem Parlament die diplomatischen Aktenstücke vorgelegt, welche die Geschichte ihres Giamischungsverfuchs in die deutsch-französischen Friedensverhandlungen enthalten. Bekanntlich war es Frankreich, welches England aufforderte, sich seines alten Allirten irgendwie anzunehmen. Der neue französische Botschafter, Herzog von Broglie, traf am 24. Februar Morgens in London ein; schon um 10½ Uhr hatte Lord Granville eine Zusammenkunft mit ihm, stellte ihm um 1½ Uhr der Königin zur Ueberreichung seiner Beglaubigungsschreiben vor, unterbreitete das von ihm gestellte Verlangen unmittelbar darauf einem eigens einberufenen Kabinettsrathe und beförderte dann den dort gefaßten Beschluß an Lord Augustus Loftus, den Botschafter in Berlin, in folgender Depesche:

Auswärtiges Amt, 24. Februar 1871. Mylord, S. Maj. Regierung, ohne von den andern proponirten Friedensbedingungen unterrichtet zu sein, erfährt von dem Botschafter Frankreichs, daß die von Deutschland geforderte Kriegsschadigung sechs Milliarden Frs. beträgt, die vorbehaltlich mehrerer noch nicht festgestellter Abzüge fast unverzüglich zu zahlen sind. Se. Exc. hat der Regierung S. Maj. Vorstellungen gemacht, daß es der Regierung Frankreichs unmöglich sein würde, eine solche Summe zu zahlen, und es ihrerseits nicht ehrenhaft sein würde, eine Zahlungsverpflichtung zu übernehmen, die zu erfüllen, wie sie sich bewußt ist, absolut außer ihrer Macht steht; und sie dringt in die Regierung S. Maj. der deutschen Regierung die Unmöglichkeit einer solchen Zahlung darzustellen. S. Maj. Regierung fühlt die Schwierigkeiten, welche aus ihrer Unkenntnis der Seitens Frankreichs gemachten Offerten entspringen, und vergißt dabei nicht, daß unser Land das einzige unter den neutralen Ländern ist, welches durch die Verpflichtungen der Freundschaft beiden Theilen verbunden ist. Aber S. Maj. Regierung will, in Anbetracht, daß keine Zeit zu verlieren ist, Deutschland über die Ziffer der Entschädigungssumme Vorstellungen machen, und im Geiste der Freundschaft für beide Theile ihre guten Dienste in der Ueberzeugung anbieten, daß sowohl Deutschland wie Frankreich ein Interesse daran haben, daß die Entschädigungssumme einen Betrag nicht übersteigt, von dem man vernünftiger Weise hoffen kann, daß er bezahlt werden kann. Ich habe die Ehre u. Granville.

Lord Loftus gab Herrn v. Thile Kenntniß von dieser Depesche, welcher sie nach Versailles zu befördern versprach. Am 25. Februar richtete Lord Granville an Lord Lyons in Bordeaux folgende Depesche:

Auswärtiges Amt, 25. Februar. Mylord! Ich übersende im An schluß hierher die Abschrift eines Schreibens des Herrn Jules Favre in Bezug auf die Genennung des Herzogs von Broglie für den französischen Botschafterposten am englischen Hofe, welches mir dieser persönlich übergeben hat. Ich habe dem französischen Botschafter meinen Dank für den freundschaftlichen Inhalt dieser Mitteilung ausgedrückt; aber ich habe ihm bemerkt, daß dieselbe eine Wendung enthalte, welche, obwohl sie die freundschaftlichen Beziehungen betone, die seit so langer Zeit zwischen Frankreich und England bestehen, doch eine gewisse Abkühlung darüber merken lasse, daß England seine Unterthänigkeit im Augenblicke der thätlichen Probe zurückgezogen habe; dies dankten wir unsererseits nicht zugeben. Ich begriffe vollkommen, daß Frankreich eine begründete oder unbegründete Aufregung empfunden habe, als es sah, daß sein alter Verbündeter ihm nicht thätig zu Hülfe kam; aber, so fügte ich hinzu: wir hatten beschlossen, die Neutralität als die unserem Lande absolut anstehende Verhaltungsweise zu befolgen, angelehnt eines Konfliktes, welchem wir vergeblich vorzubeugen gesucht hatten; indem wir uns in dieser Neutralität hielten, wären wir von einem so freundschaftlichen Gefühle bewegt, wie das nur immer mit unserer Pflicht der Unparteilichkeit vereinbar war. Der Herzog von Broglie antwortete, daß Frankreich unsere Haltung als Räte auslege, daß man mißgünstig sei, zu sehen, wie wir gleichgültig bei dem geblichen seien, was Frankreich erlitt; daß es sich aber nicht mehr um diese Bragm handelte, und daß er mit mir nur von der Gegenwart und von der Zukunft sprechen hätte. — Man hatte der Regierung S. Majestät berichtet, daß Herr Jules Favre von den Friedensbedingungen unterrichtet gewesen. Der Herzog bemerkte, daß dies nicht der Fall gewesen. — Er hatte Herrn Thiers nach dessen erster Unterredung mit dem Grafen Bismarck in dieser Woche gesehen. Es war in derselben nur erst von der Verlängerung des Waffenstillstandes die Rede gewesen, welche unumgänglich war und welche er dem Kaiser und seinem Minister entziffern mußte. Er hatte Herrn Thiers auch nach seiner zweiten Unterredung gesehen. Herr Thiers hatte zu dem Zweck zu ihm gelaufen, ihm gegenüber über die politischen und territorialen Fragen Schweigen zu beobachten. Aber er hatte von der Fortsetzung von 6 Milliarden und von der absoluten Unmöglichkeit ihr gerecht zu werden, gesprochen, indem er hinzufügte, daß es nicht ehrenhaft wäre, etwas zu versprechen, was man nicht halten könne. Der Herzog von Broglie sagte bei dieser Gelegenheit, daß, obwohl die alten Prinzipien des europäischen Rechts bei Seite gesetzt würden, die französische Regierung sich berechtigt glaube England zu fragen, ob es nicht irgend etwas vorschlagen habe. In den im Parlamente gehaltenen Reden war gesagt worden, daß die englische Regierung nicht verstehen würde, den geeigneten Augenblick zu ergreifen, um einen dauerhaften Frieden herbeizuführen und die Zeit dränge. Der Herzog bestritt sich das Recht vor, uns die territorialen und politischen Fragen darzulegen; aber die Finanzfrage war einfach und in gewisser Weise eine Thatsache. Ob wir nicht darin vermütheten? Ich legte dem Herzog von Broglie die Schwierigkeiten der Lage dar, ich machte ihm bemerkt, daß, wenn wir die französische Regierung nicht anerkannt hätten, dies nur deshalb geschehen sei, weil die vorliegende Regierung sich geweigert hätte, eine Versammlung zu berufen, um ihre Zustimmung zu sanctioniren, eine Weigerung, welche, wie ich wußte, von Herrn Thiers gemithilligt worden war. Im Uebrigen bestanden Meinungsverschiedenheiten zwischen allen neutralen Mächten, als es sich darum handelte, zu prüfen, welche Vorschläge Frankreich machen könnte, und wir waren nicht geneigt, lauter zu sprechen, als es uns angemessen scheinen würde, zu handeln. Persönlich bezweifelte ich, daß ein freundschaftlicher Rath, welcher bei den Deutschen über aufgenommen würde, eine andere Wirkung haben würde, als die, irgend einen Entschluß zu schwächen, welcher in Versailles zur Mithillung hineingeht. Was die Vorschläge betrifft, welche der Herzog von Broglie etwa zu machen haben könnte, so konnte ich antworten, daß ich dieselben von meinen Kollegen mit dem freundschaftlichsten Geiste und dem lebhaftesten Wunsche, Alles, was etwa nützlich sein könnte, zu thun, gepreßt werden würden. Ich bat Sr. Exc. mir zu sagen, worin wir etwa in der Finanzfrage nicht sein könnten. Der Herzog von Broglie sagte mir, was er uns zu thun hätte, wäre, von Deutschland zu verlangen, daß der Waffenstillstand verlängert würde, damit die Unterhandlungen nicht gänzlich der Kenntniß Europas entzogen würden. An zweiter Stelle sollten wir unsere Schiedsrichter in Betreff der Differ der Entschädigungssumme anbieten, die, gleich wichtig für die Sieger, wie für die Besiegten wäre, welche zugleich alle handelsbetreibenden Länder interessirte, die viel von finanziellen Störungen zu leiden haben würden, welche eine übermäßige Kontribution verursachen würde. Ich versprach diesen Punkt meinen Kollegen zu unterbreiten und der Herzog von Broglie bestritt sich das Recht vor, bezüglich der territorialen und politischen Bedingungen an uns in der Folge zu appelliren. Nachdem ohne Verzug ein Kabinettsrath zur Prüfung der vom Herzog von Broglie gemachten Mittheilungen einberufen worden, theilte ich ihm mit, daß bezüglich des ersten Punktes, daß S. Maj. Regierung Deutschland zu einer Verlängerung des Waffenstillstandes behufs des von Sr. Exc. hervorgehobenen Zweckes veranlassen möge, das Kabinet der Ansicht sei, daß ein solcher Schritt den von Sr. Exc. beabsichtigten Zweck nicht fördern würde, daß aber S. Maj. Regierung in einer Depesche an Lord Augustus Loftus die Wesenheit des zweiten mit vom französischen Botschafter unterbreiteten Vorschlags, daß ein einseitig befriedigendes Abkommen über die von Frankreich zu zahlende Entschädigung, niedergelegt habe. Ich machte endlich dem Herzog von Broglie bemerkt, daß, indem ich an den Botschafter S. Maj. zu Berlin die besagte Depesche schrieb, um Deutschland über die Ziffer der von Frankreich geforderten Entschädigung Vorstellungen zu machen und unsere guten Dienste in einem freundschaftlichen Sinne beiden Nationen anzubieten, die Regierung S. Maj. von dem Wunsche befehle war, welchen Se. Exc. so kräftig im Namen der französischen Regierung ausgeprochen hatte. Ich sagte ihm, daß ich außerdem den Grafen Bernstorff am Abend des 24. erlucht hätte an Graf Bismarck zu telegraphiren, wie ich auch an Herrn Otto Russell zu Versailles den wesentlichen Inhalt meiner Depesche an Lord Lyons telegraphirt hatte. Ich fügte in Betreff der Bemerkungen, welche er mir darüber, daß die Augenblicke kostbar seien, gemacht hatte, hinzu, daß, während der Herzog erst am 24. Morgens angekommen sei, ich ihn bereits um 10½ Uhr gesehen und ihn der Königin um 1½ Uhr vorgestellt hätte, worauf ich in einem eigens zu diesem Zwecke einberufenen Kabinettskonfere mit seinen Kollegen über seine Mittheilungen hätte befragt und darauf sofort meine Maßnahmen hätte treffen müssen, um an die deutsche Regierung unsere Vorstellungen zu richten. Ich war demgemäß zu glauben berechtigt, daß ich den Beweis davon gegeben hatte, daß die Regierung S. Maj. eben so sehr wie Se. Exc. die Wichtigkeit, ohne Zeitverlust zu handeln, vollständig würdige. Ich bin u. s. w. (gez.) Granville.

Herr Otto Russell, welchem die an Lord Loftus in Berlin gerichteten Depesche telegraphisch zugesandt worden war, sandte folgende Erwiderung:

Versailles, 26. Februar. Das Telegramm an Vordschaff vom 24. d., 11½ Uhr Nachts, bezüglich der Kriegsschadigung, wurde mir gestern Abend um 11 Uhr ausgehändigt, kurz nach meiner Rückkehr von einem Besuche im Hauptquartier des Kronprinzen, wo ich vernommen hatte, daß die Kriegsschadigung von sechs auf fünf Milliarden herabgesetzt und von Herrn Thiers genehmigt worden war. Ich ziehe den Schluß, daß das Telegramm an Vordschaff durch den Grafen Bernstorff gestern früh hier eingetroffen ist; selbst aber habe ich den Kausler nicht sehen können; er ist zu sehr durch die französischen Unterhändler in Anspruch genommen, um heute irgend jemanden empfangen zu können. Die Unterhandlungen müssen vor Mitternacht geschlossen sein, denn dann endigt der Waffenstillstand und die Feindseligkeiten werden wieder aufgenommen werden, wenn die Präliminarien nicht angenommen sind.

Die „Times“ meint, daß die Bemühungen Englands eigentlich so gut wie nichts erzielt hätten. Jedenfalls haben sie dazu beigetragen, den Entschluß im deutschen Hauptquartier zu befestigen, daß die Verhandlungen jedenfalls am 26. Februar zum Abschluß zu bringen seien. Eine Verlängerung des Waffenstillstandes über diesen Termin hinaus würde nur unbenutzener Vermittelung Thür und Thor geöffnet haben, und so wurde Herr Thiers einfach die Wahl gestellt, entweder die Friedenspräliminarien zu unterzeichnen oder den Krieg wieder aufzunehmen.

Die „Situation“ veröffentlicht den Text der Protestation, welche der Kaiser Napoleon an den Präsidenten der Nationalversammlung gerichtet hat; er lautet:

An den Präsidenten der Nationalversammlung in Bordeaux. Herr Präsident! In dem Augenblick, wo alle Franzosen tief betrübt über die Bedingungen des Friedens nur an die Reiden des Vaterlandes denken, hat die Nationalversammlung die Absetzung meiner Dynastie ausgesprochen und bezeugt, daß ich allein verantwortlich sei für das öffentliche Unglück. Ich protestiere gegen diese ungerechte und ungesetzliche Erklärung.

Ungerecht, denn als der Krieg erklärt ward, hatte das Nationalgefühl, antwortend durch Ursachen, die von meinem Willen unabhängig waren, eine allgemeine und unwillkürliche Ueberstimmung (entraînement) hervorgerufen. Ungesetzlich, denn die Versammlung, zu dem einzigen Zwecke errichtet, um Frieden zu machen, hat ihre Vollmachten überschritten, indem sie Fragen entwarf, welche über ihrer Kompetenz waren; wäre sie selbst eine konstituierende Versammlung, so wäre sie doch nicht im Stande, ihren Willen dem der Nation zu substituieren. Das Beispiel der Vergangenheit ist da, um es zu beweisen. Die Heiligkeit der Konstitution ist 1848 an der Wahl des 10. Decembers gescheitert und 1851 hat das Volk durch mehr als 7 Mill. Stimmen nur gegen die gesetzgebende Versammlung Recht gegeben. Die politische Leidenschaft kann nicht gegen das Recht überwiegen, und das französische öffentliche Recht für die Gründung jeder legitimen Regierung ist das Verbot. Außerhalb von diesem besteht nur Usurpation für die Einen, Unterdrückung für die Andern. Auch bin ich bereit, mich vor dem freien Ausdruck des nationalen Willens zu beugen, aber nur vor diesem. In Gegenwart solcher Ereignisse, welche Allen Entfaltung und Selbstverleugung auferlegen, hätte ich gern Schweigen gewahrt, aber die Erklärung der Versammlung zwingt mich, im Namen der beleidigten Wahrheit und der verkannten Rechte der Nation zu protestieren.

Empfangen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner Hochachtung. Wilhelmshöhe, 6. März 1871.

Die „Correspondence de Berlin“ protestiert gegen die oberflächlichen Berechnungen, daß ein Drittel der Kriegskosten auf Frankreich bezuhen muß, hinreichend, die ganze preussische Staatsschuld zu decken, daß die Summe größer sei, als alle Ausgaben, welche Preußen seit 1815 für militärische Zwecke gemacht habe. Die „C. de B.“ macht darauf aufmerksam, daß dergleichen Berechnungen nur unserm Gegner Waffen in die Hand gäben, um die Frankreich auferlegte Kontribution als übertrieben darzustellen. Sie geht dann auf die Kriegskostenfrage ein und konstatiert, daß die Summe von 5 Milliarden Francs (1330 Mill. Thlr.) eben hinreichen werde, die direkten und indirekten Kriegskosten zu decken. Der Krieg von 1866 habe nach dem Landtage vorgelegten Berechnungen 124 Millionen Thlr. gekostet, oder nach Abrechnung von 24 Mill. für die Mobilmachung rund 100 Mill. in 8 Wochen. Der jetzige Krieg, der nicht 8, sondern 32 Wochen gedauert, habe also 400 Mill. und da die deutsche Armee fast doppelt so stark sei, als die von 1866 (17 Armee-corps gegen 9) 800 Mill. Thlr., d. h. ca. 3 Milliarden Francs gekostet. Dabei sind aber noch nicht berechnet: die Kosten des Festungskrieges, die großen Transporte, die Rekrutierungskosten für die Armee (90—100 Mill. Thlr.), die von den Kreisen der Landwehr und Reserve bewilligten Unterstufungen, die Verluste des Seehandels, die Kosten der Küstenbefestigungen und endlich die Entschädigungen für die aus Frankreich vertriebenen Deutschen. Von einer „Bereicherung“ Deutschlands kann demnach sicherlich nicht die Rede sein und die Phrasen der „France“, die Forderung von 5 Milliarden sei ebenso zwecklos, als ungerecht, bezweifeln wir. Deutschland hat durch die Forderung von 5 Milliarden weder sich selbst bereichern, noch Frankreich schwächen wollen; aber wenn wir uns nicht bereichern, so ist es wenigstens gerecht, daß wir für unsere direkten Ausgaben entschädigt werden.

Ueber die Besatzung der neu erworbenen Festungen, soweit sie aus ehemals norddeutschen Regimentern bestehen, entnehmen wir der „N. Han. Z.“ Folgendes:

Für die Besatzung von Reg. sind folgende Regimenter designirt: 1. Garde-Reg. (2. Pomm.). Nr. 9 vom 2. Armee-corps (bisherige Garnison Stargard und Pomm.); 1. Westf. Inf.-Reg. Nr. 13 vom 7. Armee-corps (bisher. Garn. Münster, Hamm und Soest); 4. Westf. Inf.-Reg. Nr. 17 vom 10. Armee-corps (bisher. Garn. Celle und Bielefeld); 1. Rhein. Inf.-Reg. Nr. 25 vom 9. Armee-corps (bisher. Garn. Bielefeld, Bielefeld und Bielefeld); 4. Rhein. Inf.-Reg. Nr. 30 vom 8. Armee-corps (bisher. Garn. Mainz und Burg Hohenfels); 1. Westf. Inf.-Reg. Nr. 85 vom 9. Armee-corps (bisher. Garn. Bielefeld und Bielefeld); 1. Rhein. Inf.-Reg. Nr. 92 vom 10. Armee-corps. Die demnachfolgende Besatzung von Straßburg werden folgende Regimenter bilden: 1. Garde-Reg. (2. Pomm.). Nr. 9 vom 2. Armee-corps (bisherige Garnison Stargard und Pomm.); 1. Westf. Inf.-Reg. Nr. 13 vom 7. Armee-corps (bisher. Garn. Münster, Hamm und Soest); 4. Westf. Inf.-Reg. Nr. 17 vom 10. Armee-corps (bisher. Garn. Celle und Bielefeld); 1. Rhein. Inf.-Reg. Nr. 25 vom 9. Armee-corps (bisher. Garn. Bielefeld, Bielefeld und Bielefeld); 4. Rhein. Inf.-Reg. Nr. 30 vom 8. Armee-corps (bisher. Garn. Mainz und Burg Hohenfels); 1. Westf. Inf.-Reg. Nr. 85 vom 9. Armee-corps (bisher. Garn. Bielefeld und Bielefeld); 1. Rhein. Inf.-Reg. Nr. 92 vom 10. Armee-corps. Die demnachfolgende Besatzung von Straßburg werden folgende Regimenter bilden: 1. Garde-Reg. (2. Pomm.). Nr. 9 vom 2. Armee-corps (bisherige Garnison Stargard und Pomm.); 1. Westf. Inf.-Reg. Nr. 13 vom 7. Armee-corps (bisher. Garn. Münster, Hamm und Soest); 4. Westf. Inf.-Reg. Nr. 17 vom 10. Armee-corps (bisher. Garn. Celle und Bielefeld); 1. Rhein. Inf.-Reg. Nr. 25 vom 9. Armee-corps (bisher. Garn. Bielefeld, Bielefeld und Bielefeld); 4. Rhein. Inf.-Reg. Nr. 30 vom 8. Armee-corps (bisher. Garn. Mainz und Burg Hohenfels); 1. Westf. Inf.-Reg. Nr. 85 vom 9. Armee-corps (bisher. Garn. Bielefeld und Bielefeld); 1. Rhein. Inf.-Reg. Nr. 92 vom 10. Armee-corps.

Die Nachricht, daß ein Kapital von 120 Millionen aus der Kriegsentwässerung aufbewahrt oder vielmehr angelegt werden soll, um aus den Zinsen die Pensionen der Invaliden und der Wittwen und Waisen der Gefallenen zu zahlen, hat die Idee Wundern, ob denn nicht mit dieser großen Summe den Grundbesitzern durch Gewährung von Hypotheken geholfen werden könne. Wahrscheinlich werden in diesem Sinne abgeschafte Petitionen an den Reichstag gelangen. Schwerlich wird indeß die Regierung einverstanden sein, schreibt ein berliner Korrespondent der „Frankf. Z.“, da damit das Kapital von 120 Millionen unsäglich wird, jemals in einem Kriege als sekundärer Kriegsschatz gebraucht werden zu können.

Der bleibende Ausschuss des deutschen Handelstages hat unter dem 7. Februar d. J. einen Aufruf an den deutschen Handels- und Gewerbeverband erlassen, in welchem dieser aufgefordert wird, seine Dankbarkeit gegen das deutsche Heer durch Aufbringung eines Kapitals zu bekunden, dazu bestimmt: den in diesem Kriege gegen Frankreich oder in Folge desselben durch Verwundung oder Krankheit ganz oder theilweise erwerbsunfähig gewordenen, der Hilfe bedürftigen Krieger der deutschen Land- und Seemacht, sowie den Familien dieser Krieger und den bedürftigen Angehörigen der Gefallenen, ferner denen, welche bei Ausübung einer Berufspflicht im Kriege ganz oder theilweise erwerbsunfähig geworden sind, und deren Familien Hilfe und Unterstützung zu gewähren. Dieser Aufruf ist mit einem Begleitschreiben an den Kaiser-König nach Versailles gesandt worden, worauf folgende Antwort Sr. Majestät ergangen ist:

„Der bleibende Ausschuss des deutschen Handelstages hat mir, Namens des deutschen Handels- und Gewerbeverbandes, aus Anlaß der Neubegründung des deutschen Reiches, seine Huldigung dargebracht. Ich habe dieselbe als den Ausdruck loyaler Gesinnung mit lebhafter Befriedigung empfangen. Dank der gnädigen Fügung Gottes ist das langersehnte Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands schneller erreicht, als es zu erwarten stand; was der deutsche Handelstag bei seinem ersten Zusammentritt in Heidelberg im Jahre 1861 noch als einen Wunsch, als eine Hoffnung bezeichnete, ist heute mit Gottes Hilfe zur Wahrheit geworden. Tief aber sind die Wunden, welche der gegenwärtige Krieg dem Vaterlande geschlagen hat. Mit um so größerer und aufrichtiger Freude begrüße ich es deshalb, daß der Deutsche Handelstag, im Gefühle nationaler Pflicht, seine patriotische Hingebung, seine Dankbarkeit gegen das Heer durch Aufbringung von Mitteln zu betätigen sucht, welche der Hilfe und Unterstützung für die bedürftigen tapferen Krieger und ihre Familien, sowie für die bedürftigen Hinterbliebenen der Gefallenen, unter centraler, das ganze geeinte Deutschland umfassender Organisation gewidmet sein sollen. Möge das Unternehmen, welches dem deutschen Handelstage zur hohen Ehre gereicht und dem mit mir das gesamte Reich seine dankbare Anerkennung zollen wird, von segensreichem Erfolge gekrönt werden!“

Hauptquartier Versailles, den 25. Februar 1871.

gez. Wilhelm.

— In Betreff der Saig onfrage hat nach der „Pr. Ztg.“ Herr Rickmers in Geestemünde folgendes Schreiben des Prinz-Admiral Alalbert erhalten:

Versailles, 4. März 1871. Euer Wohlgebornen haben mir unter dem 16. Januar eine Druckschrift der geographischen Gesellschaft: „Deutschlands Interessen in Ostasien“ und das Buch: „Seize mois autour du monde“ übersandt (die ich Ihnen mit dem besten Danke wieder übersende), und sich dabei in ihrem gefälligen Schreiben zu mein r großen Freude über die Wichtigkeit der Akquisition Saigons für Deutschland und zwar wiederholt ausgesprochen. Schon seit lange von der Nothwendigkeit, uns in Ostasien festzusetzen, durchdrungen, habe ich in den letzten 10 Jahren mit der größten Mühe gegeben, dafür zu wirken. Ich war im Begriff, die Erwerbung Saigons speziell anzugehen, als Ihr Aufruf erschien, dem Ihre gütige Sendung sehr bald folgte. — allein die großen Schwierigkeiten beim Abschluß des Friedens, zu denen man keine neuen hinzufügen wollte, scheinen der Hauptgrund gewesen zu sein, weshalb man davon Abstand, diese Kolonie sowie überhaupt irgend eine zu fordern. Ich bedaure mit Ihnen von Herzen, daß Ihre so anerkennenswerthen Bestrebungen nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben.

(gez.) Prinz Adalbert von Preußen.

— Das Statut der deutschen Wilhelmstiftung zur Unterstützung der deutschen Invaliden ist jetzt von dem Zentralkomitee der deutschen Vereine zur Pflege verwundeter und erkrankter Krieger definitiv festgestellt und zwar entsprechend dem Entwurfe, welcher zwischen dem Ausschusse des Zentralkomitees und der National-Viktoria-Invalidenstiftung vereinbart worden ist. Das Statut ist jetzt der allerhöchsten Genehmigung unterbreitet worden.

— In Folge verschiedener Beschwerden, welche in Betreff des in einzelnen Schulen besonders ertheilten konfessionellen Religions-Unterrichts in jüngster Zeit erhoben worden, ist dieser Unterricht, nach einer Mittheilung der „D. Nch.-Korr.“, nunmehr durch folgende Bestimmungen geregelt:

1) Der Lehrer, welchem der konfessionelle Religionsunterricht in einer Schule, deren Lehrer der anderen Konfession angehört, übertragen worden, hat sich bei dem zuständigen Orts-Schul-Ausschuss und dem Ortskirchenrat zu melden, und den Tag, mit welchem der Unterricht beginnen soll, anzugeben. 2) Dem mit dem konfessionellen Religions-Unterricht betrauten Lehrer ist von dem bei der Ortschule angestellten ersten Lehrer vor dem Beginn jenes Unterrichts und demnach zu Ostern und Michaelis jeden Jahres ein von dem zuständigen Orts-Schul-Ausschuss beschlossener Verzeichniß der schulpflichtigen Kinder, welche an dem Unterrichte theilzunehmen haben, auszuweisen. 3) Der Lehrer, welcher den konfessionellen Religionsunterricht erteilt, ist verpflichtet, über den Schulbesuch der ihm überwiesenen Kinder eine sorgfältige Kontrolle zu führen und bis zum 5. jedes Monats eine Nachweisung über die Schulbesuchnisse, welche im Laufe des vergangenen Monats vorgekommen sind, dem Schulvorstande einzureichen und wenn der Religionslehrer seine Schulfähigkeit verliert, so hat dessen Nachfolger auch ohne besondere Anordnung der Regierung jenen Unterricht zu übernehmen. 4) Die Zahlung der Remuneration muß für jede von dem Lehrer erteilte Religionsstunde durch den Schulvorstand geleistet werden.

Gumbinnen. Der „Bürger- und Bauernfreund“ schreibt: Wir berichten seiner Zeit, wie bei Gelegenheit einer Wahlenversammlung ein früherer Kandidat dieses Baues, Herr Adomeit aus Gumbinnen, von einem Menschen in der Uniform eines Soldaten auf offener Straße angefallen und eines Exemplars der „Inhaber-Zeitung“ beraubt wurde. A. denunzierte bei der Staatsanwaltschaft und erhielt amgehend Befehl, die Sache betreffe einen Militär und sei an das Kommando der Gendarmenabtheilung abgegeben. Jetzt nach vielen Monaten erhielt A. folgenden Befehl: Königsberg 24. Febr. 1871. Auf Ihre an die Staatsanwaltschaft zu Gumbinnen und von dieser zur sofortigen Einleitung hierher übergebene Denunziation gegen den herrlichen Gendarm (Name unleserlich) vom 6. Novor. v. J., wird Ihnen hiermit eröffnet, daß, da der ic. — sich bei der von Ihnen zur Sprache gebrachten Gelegenheit, wie die kassirte gerichtliche Untersuchung ergeben, keinerlei Uebertretung seiner Dienstpflichten schuldig gemacht. Ihr Strafantrag, wie hiermit geschieht, zurückgewiesen werden muß. — Der Oberst und Brigadier v. Jastrow. — Wir fragen, heißt das gerichtliche Untersuchung? A. hat nie etwas davon erfahren, ist nie nach seinen Zügen gefragt worden. Jastrow ist und bleibt aber, er ist auf offener Straße beraubt worden und, wie sich jetzt aus der Antwort des Herrn v. J. schließen läßt, von einem militärischen Gendarm, der dazu da ist, das Eigentum zu schützen. Ein Eigentum hat A. auch nach dieser gerichtlichen Untersuchung (?) nicht zurückbekommen. Der Staat scheint ihn nicht schützen zu wollen; was aber wäre geschehen, wenn A. sich selbst geschützt und den Räuber niedergeschlagen hätte? Dann hätte es wahrscheinlich gegeben: Widerstand gegen einen Beamten, und A. wäre zur Strafe gekommen.

Niel, 9. März. In Balde ist hier das Eintreffen der in Orleans eroberten französischen Dampfschiffe zu erwarten. Es war eine besonders schwierige Aufgabe, diesen seltenen Schiffsantrieb von Kanonenbooten zu bewerkstelligen und die Vorbereitungen und Einrichtungen zu dem Transport dieser Siegesstrophäen haben alle technischen Kräfte unserer Marine in Anspruch genommen. Die Dampfschiffe werden, nachdem die Maschinen, sowie die Geschütze aus denselben herausgenommen, auf einem Gerüst, ähnlich einem Helling, welches auf mehreren der stärksten zusammengepöhlten offenen Eisenbahnwagen ruht, befestigt. Erst an Ort und Stelle werden die Boote wieder ihrer Maschinen und Geschütze erhalten. Der Transport eines jeden Kanonenbootes mit den dabei vorhandenen Armaturgegenständen erfordert einen starken Separatrain. — Dem Vernehmen nach soll das kleinste derselben, welches sich durch besonders gefälligen Bauart auszeichnet, für den Kronprinzen zu Lustfahrten auf den Poissamer Seen bestimmt, direkt nach Potsdam befördert werden.

Schleswig, 8. März. Am Uebertritt nach Dänemark schreibt man der „Hans. Nordd. Btg.“ Der bekannte Art. XIX. des Wiener Friedensvertrages hatte zu der Frage Anlaß gegeben, ob das Recht des freien Uebertritts nach Dänemark auch hinsichtlich der nach dem 16. November 1864 geborenen Kinder anzuwenden sei, deren Väter, ohne selbst auszuwandern, die Uebertrittserklärung für dieselben abgegeben haben. Höheren Orts ist nun neuerdings die Entscheidung erfolgt, daß diese Frage zu verneinen sei, weil das Recht des freien Uebertritts nach den Worten des Art. XIX. nur denjenigen Personen gewährt ist, welche zur Zeit des Friedensschlusses in den abgetretenen Territorien domicilirt waren. Nach dieser Entscheidung sind die abgegebenen dänischen Uebertrittserklärungen nichtig und werden die betreffenden Personen männlichen Geschlechts seiner Zeit in die Militär-Stammrollen aufgenommen werden.

Deutsche Reich.

Wien, 11. März. (Tel.) Fürst Metternich hat in Bordeaux bereits seine neuen Kreditiv überreicht. Derselbe wird demnachst

zu seiner Erholung zu einem vierzehntägigen Urlaub nach Wien kommen. Die Ernennung Banneville's zum Botschafter in Wien wurde hieselbst notifizirt und angenommen. — Heute wurde vor dem Schwurgericht der Prozeß Sommerfeld gegen Herzog beendet. Die Geschworenen vereinigten die ihnen von dem Gerichtshof vorgelegte Schuldfrage bezüglich Dr. Herzogs, erkannten jedoch Eduard Langer der bezüglichen Ehrenbeleidigung für schuldig. Der Gerichtshof verurtheilte darauf Eduard Langer zu einmonatlichem Arrest. — Nach zuverlässiger Mittheilung der morgen erscheinenden „Presse“ resumirt sich das Ergebnis der Londoner Konferenz in einer Wiederherstellung des Statuts quo ante 1854.

Schweiz.

Bern, 11. März. (Tel.) Der Berner „Bund“ meldet: Dem Vernehmen nach hat die zur Revision der Verfassung eingesetzte Bundesrathskommission beschlossen, daß der Jesuiten-Orden und die ihm affiliirten Gesellschaften in der Schweiz nirgends Aufnahme finden dürfen. Jede Wirklichkeit in Kirche und Schule soll ihnen verboten, sowie die Neugründung und Wiederherstellung von Klöstern untersagt sein. — Anlässlich bei der vorgestrigen Friedensfeier der Deutschen in Zürich vorgefallenen Exzesse französischer Offiziere hat der Bundesrath gegen die Internirten die strengsten Maßregeln angeordnet. — Laut offizieller Mittheilung wird die Zurückbeförderung der internirten französischen Armee am 13. d. beginnen und soll mit dem 22. d. beendet sein.

Bern, 12. März. (Tel.) Der Bundesrath hat die militärische Besetzung Zürichs beschlossen und wird sofort 4 Infanterie-Bataillone und 2 Batterien unter dem Befehle des Obersten Eduard Salis dahin absenden. — Landammann Heer hat sich als eidgenössischer Kommissar ebenfalls nach Zürich begeben. Wie hierher gemeldet wird, haben in der letzten Nacht in Zürich neue Unruhestörungen stattgefunden. Die Zusammenrottungen vor dem Rathhaus wurden alsbald auseinander getrieben. Am Mitternacht machten die Auführer einen Angriff auf die Strafanstalt, welcher durch die dort aufgestellten Militärschützen zurückgeschlagen wurde. Die Truppen waren genöthigt, von der Feuerwaffe Gebrauch zu machen. Nach den bisher hier vorliegenden Angaben sind 2 Personen getödtet und 9 verwundet.

Frankreich.

Paris. General Aurelles de Paladine hat sein neues Amt als Oberbefehlshaber der Nationalgarde des Seine-Departements mit folgendem Tagesbefehl angetreten:

Der Präsident der Republik hat mich seinen Oberbefehl über die Nationalgarde des Seine übertragen. Ich fühle die ganze Bedeutung dieser Ehre. Sie legt mir große Pflichten auf. Die erste von allen ist, die Ordnung und die Achtung vor den Gesetzen und dem Eigenthum zu sichern. Zu diesem Zweck bedarf ich des Beistandes aller guten Bürger. Ich wende mich also an den Patriotismus der Nationalgarde und aller ihrer Offiziere. Während der Belagerung von Paris theilte sie mit der Armee den Ruhm und die Gefahren der Verteidigung. Ihre Sache ist es, in den traurigen Verhältnissen, die wir durchschreiten, das Beispiel der Bürgertugend zu geben; meine Sache ist es, sie in diesen edlen Anstrengungen zu leiten. Meine Richtschnur wird die Gerechtigkeit, die Achtung der erworbenen Rechte und der geleisteten Dienste sein. Es ist notwendig, daß die Arbeit sobald als möglich die Unglücksfälle des Krieges widergumme; die Ordnung allein kann uns den Wohlstand wiedergeben. Ich habe den festen Willen, mit Nachdruck Alles niederzuhalten, was die Ruhe der Stadt beeinträchtigen kann. d'Aurelles.

Dieser Tagesbefehl ist nicht nach dem Geschmack der radikalen Blätter. Der „Vengeur“ des Herrn Felix Phat erkennt den neuen Oberkommandanten überhaupt nicht an, weil er nicht von den Nationalgardien gewählt sei, und das „Mot d'ordre“ des Herrn Rodotort antwortet wie folgt:

Wir wissen aus sicherer Quelle, daß die Regierung unter dem Vorwande, die Nationalgarde zu reorganisiren, damit anzufangen will, ihr ihre Gewehre wegzunehmen. Der General d'Aurelles bereitet schon einen Schlag vor, durch welchen alle gegenwärtig bestehenden Bataillone beurlaubt werden und den Garben bei schwerer Strafe anbehalten wird; ihre Waffen hängen 48 Stunden abzuliegen. Auch diesmal werden die Kapitulanten (d. h. die Mitglieder der Regierung, welche die Kapitulanten von Paris abgeschossen haben) wieder sagen: Die Nationalgarde hat angefangen. Was aus geschlossen möge, so können wir der Nationalgarde nicht genügend genug empfehlen, angesichts dieser gar nicht zu entschuldigenden Herausforderungen ruhig zu bleiben. Es ist gewiß, daß man neue Sonntag herbeizuführen will, um die Republik zu erwürgen; aber wir werden sie nicht in Blut ertränken lassen. Heute ist die Republik nicht nur das Recht, die Republik ist das G. S. So lange die Republik unverteilt bleibt, werden die Republikaner sich auf der Defensiven halten; kein Schimpf, keine Herausforderung wird sie in ihrer stolzen Gemüthsruhe erschüttern und sie werden sich — davon sind wir fest überzeugt — in die Gerechtigkeit wie in eine ununterschiedbare Stellung einschließen.

Ueber den Stand der Dinge auf dem Montmartre, wo die Anarchisten bekanntlich auf der Höhe einen förmlichen Artilleriepark und ein verhängtes Lager errichtet haben, meldet das „Journal des Debats“:

Der Montmartre bietet noch ganz dasselbe Schauspiel, wie an dem Tage, da die Nationalgarde dieses Arrondissements auf den Hügel oberhalb der Place St. Pierre etwa 3) Kanonen hinaufgezogen hatte. In Batterie sind nur sechs dieser Geschütze (7-Pfünder) aufgestellt und zwar hinter einer Wand von Erdwerken und Schützengärten, die Wunden gegen die Stadt geleitet; die anderen, bestehend aus Haubitzen und neuen Stahlmörsern, wurden weiter rückwärts auf einem andern Abhange ohne Ordnung placirt. Man soll indeß unersätzlich Bedauern alledem keine andere Bedeutung beilegen als es verdient. Die Nationalgardebataillon von 169. Bataillon, welche heute vor diesem Park Wache hielten, versicherten uns, man hätte niemals daran gedacht, auf Paris zu schießen, sondern man hätte nur die Geschütze, welche durch eine Nationalgardebataillon hergestellt worden waren, vor der Raubgier der Preußen retten wollen, und was die Erdwerke betreffe, so hätte man sie nur aufweisen lassen, um den müßigen Posten eine Beschäftigung zu geben. Der Vertheil auf den Hügel ist gänzlich gekemmt, was zu lebhaften Beschwerden der umwohnenden Bevölkerung Anlaß gibt. Wir wenden uns von hier auf den Boulevard Denon. Hier stehen Kompanien des 166. und 169. Bataillons; hinter ihren Gewehrständen bemerken wir zwei alte Kanonen und eine in Steinwand gehüllte Mitrailleuse, während unweit davon eine Kompanie des 215. Bataillons sechs Stück 7-Pfünder bewacht, deren Mündungen gegen den Hügel von Montmartre selbst gerichtet sind. Die Zahl der Anarchisten, welche sich in allen diesen Punkten bewegen, ist äußerst gering, und die Haltung der Nationalgarde hat auch nichts besonders Drohendes. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird man, d. i. das sogenannte Zentralkomitee der Nationalgarde, eine mandatlose Gruppe von Anarchisten, welche die Stadt mit ihren rothen Anschlagzetteln zu terrorisiren sucht und all diesen Unfug in Szene gesetzt hat, binnen wenigen Tagen nicht mehr Garbitten genug finden, um das zur Bewachung dieser Artilleriepark nöthige Piquet herzustellen.

Ein Anschlag an der Börse fordert die in Frankreich naturalisirten Deutschen, sowie die Oesterreicher, welche dieses Institut besuchen, im Interesse ihrer persönlichen Sicherheit auf, ihre Legitimationspapiere stets bei sich zu führen.

Kein Wunder, denn noch gestern ließ das „Mot d'ordre“ folgenden Gehalt: 108:

Die Deutschen fangen an, wieder an die Börse zu kommen. Legten Freitag sah man ihrer drei, welche Noten nahmen und Aufträge gaben. Der edle Wechselagent Beranger hatte die Ehre, diese Aufträge auszuführen. Alle diese Deutschen sind barfuß nach Paris gekommen; sie haben hier eine gute Aufnahme und einen unglaublichen Kredit gefunden. Natürlich machten sie nichts als Pöllerereien. Inde Fortuna.

Hieran schließt das Organ Rocheforts eine lange Liste deutscher Bankiers, Stern und Erlanger an der Spitze, welche es der öffentlichen Entrüstung empfiehlt.

Die sechs Deputierten, welche gegen die Absetzung Napoleons III. protestiert haben, sind Conti (Rabinetschef des Kaisers), Gavini (Corse), Graf Murat (Verwandter des Kaisers), Abbatucci (Corse), Gaentjens (Schwiegerohn des verstorbenen Marschalls Magnan), Galloni d'Istria (Corse.)

Das „Journal des Debats“ schreibt: Der wichtige Bericht, welcher der Nationalversammlung vorgelegt werden wird, ist der über die Finanzen, welchen Leon Say redigiert hat. Die Aufgabe war schwierig, denn viele Aktienstücke fehlten. Von 20,000 Kontrakten, die in der Ausführung waren, sind nur 4000 mit den notwendigen Dokumenten ausgestattet; die Prüfung erheischt viele Zeit. Die Ausgaben für den Krieg belaufen sich auf über 2 Milliarden; die Mobilisation der Nationalgarde wird außerdem auf 100 Millionen geschätzt, von denen 66 an den Staatsschatz gezahlt worden sind. Das Ausgabe-Budget für 1870 bietet ein Defizit von 300 Millionen und das von 1871 hat wegen der Verringerung der Einwohner schon ein Defizit von über 100 Millionen. Man bezahlte einen Theil der Ausgaben mit den außerordentlichen Hilfsquellen, welche die letzten Anleihen geliefert. Die Anleihe Lauriers, die 250 Millionen betragen sollte, hat in Wirklichkeit nur 200 Millionen ergeben; die in Umlauf befindlichen Schatzscheine haben um mehr als 100 Millionen zugenommen; die Bank von Frankreich hat mehr als 100 Millionen geliehen. Wenn der Krieg fortgedauert hätte, so wären die finanziellen Hilfsquellen am 6. März zu Ende gewesen. Von diesem Tage an würde das Defizit 8 bis 10 Millionen pro Tag betragen haben.

Spanien.

Madrid, 11. März. (Tel.) „Imparcial“ zufolge stellt sich nach dem am zweiten Wahltage bekannt gewordenen Resultaten die Zahl der Ministeriellen auf 253, die der Oppositionellen auf 125. Die Wahlen in Madrid sind vollständig günstig für die Regierung ausgefallen. Bei der Eröffnung der Wahlurnen kam es in den ärmeren Stadttheilen zu unbedeutenden Unruhen; die Ordnung wurde bald wieder hergestellt. — Die Königin, welche Donnerstag früh die pyrenäischen Inseln verlassen hatte, mußte im Golf du Lion des schlechten Wetters wegen wieder umkehren.

Italien.

Rom, 10. März. (Tel.) Heute fanden hier Ruhestörungen statt; die Ordnung wurde jedoch sofort wieder hergestellt.

Großbritannien und Irland.

London, 10. März. (Tel.) Im Unterhaus antwortet auf eine Interpellation Disraeli, die englische Regierung habe, nachdem sie von den Wünschen Frankreichs benachrichtigt worden war, am 24. Februar eine entsprechende Depesche an Lord Loftus gerichtet und dieselbe dem Grafen Bernstorff mit dem Ersuchen mitgeteilt, den Inhalt derselben an Graf Bismarck zu telegraphiren. Disraeli glaubt, Graf Bismarck dürste das Anerbieten der guten Dienste Englands am Morgen des 25. Februar erhalten haben; bisher habe die englische Regierung jedoch keine offizielle Antwort empfangen. Am 24. Februar Abends sei der Inhalt der erwähnten Depesche an Otto von Bismarck telegraphirt worden. Derselbe habe jedoch das Telegramm erst am 25. Febr. Abends erhalten. — Auf eine bezügliche Interpellation erwidert Gladstone, die Regierung beabsichtige keine Aenderung der bestehenden Gesetze über die Waffenausfuhr eintreten zu lassen. Auf eine Interpellation Comwells erklärt Disraeli, der Militär-Attaché bei der Gesandtschaft in Berlin, Oberst Walker, habe dem Einzuge der preussischen Truppen in Berlin im Jahre 1866 nur als Privatschauspieler beigewohnt; derselbe habe jetzt Befehl erhalten, sofort nach der Abreise des Kronprinzen von Preußen aus Frankreich nach England zurückzukehren.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 10. März. (Tel.) Der König befindet sich in fortschreitender Besserung. Die Kammern des Reichstages haben nach heftigen Debatten die Aufhebung der bisherigen Armeereorganisation und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht genehmigt.

Rußland und Polen.

Warschau, 7. März. Gestern ist ein längeres Reskript, die Tracht der Juden beiderlei Geschlechts betreffend, erschienen; es lautet:

Unter dem 15./27. Februar ist dem Oberpolizeimeister ein von Sr. Majestät bestätigtes Reskript zugehakt worden, dessen Bestimmungen vom 15./27. März an, auf Befehl des Statthalters in Kraft treten werden. Es enthält Vorschriften in Betreff der Tracht der Juden beiderlei Geschlechts. A. In Betreff der Männer: § 1. Den Juden des Königreichs Polen ist das Tragen jüdischer Kleidungsstücke so lange zu untersagen, als sie ihr geistliches Amt pflegen. § 2. Als verbotene jüdische Kleidungsstücke sind anzusehen: seidene und halbsidene Kapots (lange Zupons), Gürtel, Pelzmützen und andere Kopfbedeckungen jüdischen Zuschnitts, sowie kurze Beinkleider und Schuhe. Ebenso ist den Juden untersagt, Bärte und verlängertes Haar über den Schläfen zu tragen, selbst wenn solches lockenförmig angelegt ist. § 3. Anstatt der alten Kleidung müssen die Juden gleiche Kleider mit den andern Einwohnern des Königreichs Polen tragen; und dürfen auch solche Kleider nicht von Seide oder Halbside sein. § 4. Auch ist es den Juden gestattet, Kleider nach russischem Zuschnitt zu gebrauchen, und ausschließlich in diesem Falle ist ihnen der Bart, jedoch ohne Locken an den Schläfen, gestattet. Diejenigen Juden, welche sich modern (das Reskript nennt es „deutsch“) tragen, als wie z. B. in Frack, Leibrock oder Paletot, dürfen unter keinem Vorwande den Bart behalten. § 5. Als russische Kleidung wird angesehen ein Oberrock bis über die Knie oder bis an die Knöchel nach dem bei russischen Kaufleuten üblichen Schnitt. Die Beinkleider können dabei ober- oder innerhalb der Stiefel sich verlaufen. Dazu gehört ein Halbschuh, eine gewöhnliche Mütze oder ein Hut. Die russischen Ueberrocke dürfen nicht von Seide oder Halbside gefertigt werden, sondern von Tuch und andern leichteren Stoffen aus Wolle, Leinen und Baumwolle. Solche Ueberrocke können zu jeder Zeit getragen werden, im Sommer sowohl wie im Winter. § 6. Es ist nicht geboten, daß die Juden, welche russische Tracht anlegen, gezwungen werden, auch das Kopfhaar rund à la russe zu schneiden. Dieses ist ihrem Willen überlassen. § 7. Es wird den Juden nicht untersagt sein, selbst beim russischen Anzuge, Mäntel mit oder ohne lange Kragen, Alig-

kas, Pelze etc. zu gebrauchen, je nach ihrem Vermögen und Gesundheitszustande. § 8. Anzüge, wie die russischen Kutscher tragen, Armials genannt, sollen den Juden nicht aufgedrungen werden. Die Armials ist ausschließlich Kutscheruniform und gilt keineswegs als Nationaltracht. § 9. Wegen Kleidungsstücke, welche die Juden beim Beten in ihren Gotteshäusern tragen, insoweit sie nicht überhaupt äußere Kleidungsstücke sind, darf die Polizei den Juden keine Schwierigkeiten machen. Die Polizeibeamten dürfen nicht in die Gotteshäuser dringen, um diese Kleidungsstücke zu verhindern. § 10. Die Polizei muß jedoch wachen, daß unter dem Vorwande religiöser Kleidungsstücke nicht solche Hülsen wieder eingeschmuggelt werden, wie sie früher die Juden (noch früher auch die vornehmen Polen) getragen haben, als z. B. die Dponczje. § 11. Bei hartnäckigem Bestehen an jüdischer Tracht oder am Barte erfolgt Strafe bis zu Gefängnis. (Ist aber nicht gesagt, wie lange.) — B. In Bezug auf Jüdinnen: § 12. Die Jüdinnen müssen unbedingt die alte Tracht ablegen. § 13. Diese Tracht besteht in der alten Haube der Kleider, sowie in verzierten Kopfbedeckungen und Kopfpugen (sind namhaft aufgeführt). § 14. Anstatt der alten Kleidung müssen die Jüdinnen gewöhnliche Hüden oder Güte, Kleider von gewöhnlicher oder russischer Façon gebrauchen. § 15. Als Folge eines Befehls Sr. Maj. des Kaisers (hier ist der Kaiser Nikolaus gemeint) ist das von manchen Jüdinnen geübte Abstreifen des Haupthaars, bei Wohlhabenden, verboten. § 16. Zuwiderhandlung wird jedesmal mit fünf Rubel bestraft. § 17. Diejenigen Jüdinnen, welche einen religiösen Skrupel hegen, ihr Haar bloß zu tragen, dürfen es nicht mit Bändern und imitierten wollenen Perücken bedecken, sondern sie können, wie manche ältere Frauen, Christinnen, sowohl als auch Jüdinnen, es bis an die Stirne reichende Hauben aufsetzen. § 18. Jüdinnen, welche das Haar mit Bändern bedecken werden, müssen in Begleitung ihrer Männer oder nächsten Verwandten auf dem Polizeiamt erscheinen, wo sie zum Ablegen der Bänder gezwungen werden. § 19. Bei Hautkrankheiten und bei solchen Jüdinnen, die ihr eigenes Haar verloren haben, ist das Tragen von Schleiern aus fremden Haaren gestattet. § 20. Die Revision einer Jüdin, ob sie das Haar rasirt habe, kann nur auf dem Polizeiamt, in Gegenwart des Mannes oder eines nächsten Verwandten, und nur dann stattfinden, wenn eine schriftliche Denuntiation vorliegt. Stellt sich eine Denuntiation als falsch heraus, so ist der Denuntiant zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen.

Soweit das Reskript, das fast nur eine Abschrift einer unter Paskeiwicz erschienenen Verordnung ist. Sie ist jetzt hervorgehoben worden aus Veranlassung einer Willensäußerung des Ministers in Petersburg, welcher auf die Erfahrung hinweist, die Deutschland und Frankreich in dem jüngsten Kriege gemacht haben, daß nämlich die Juden jener Länder von dem gleichen Patriotismus wie die andern Landesländer befeuert waren. Dieses wird der Gleichheit zugeschrieben, in der die Juden im Westen Europas äußerlich zu den übrigen Einwohnern stehen, und das Reskript bezweckt ebenfalls dieselbe Gleichheit. In Bezug auf das Verbot des Bartes bei moderner Kleidung ist zu bemerken, daß es im Jahre 1851 nicht nur für Juden, sondern mehr noch für Christen galt, da der Bart damals als ein demokratisches Merkmal angesehen wurde. (Dr. S.)

8 Warschau, 9. März. Die Auflösung des Organisations-Komitees ist in vollem Gange und soll noch im Laufe dieses Monats zu Ende geführt werden. Von den entlassenen Beamten ist bereits ein großer Theil nach Rußland zurückgereist; zu Ehren derselben wurde am vergangenen Mittwoch im Hotel de l'Europe ein solennes Abschiedsmahl veranstaltet, bei dem sämtliche Beamte der in der Auflösung begriffenen Behörde noch zum letzten Mal versammelt waren. — Das Gesetz, betreffend die Fußiz-Reorganisation im Königreich Polen, hat bereits die kaiserliche Bestätigung erhalten und soll sogleich nach seiner, Anfangs i. M. erfolgenden Publikation zur Ausführung gebracht werden. — Der Oberst des Generalstabs Rizzo ist zum Vorsitzenden des hiesigen Zensur-Komitee ernannt worden. Seine guten alten Zeiten, wo man in Rußland Alles durch militärische Energie erzwingen zu können glaubte und diese Eigenschaft an einem Beamten höher schätzte als wissenschaftliche und administrative Befähigung, sind also noch keineswegs ein überwundener Standpunkt. Auch die Leitung der Presseangelegenheiten in Petersburg befindet sich in der Hand seiner Militärperson, das Generalschidlowski, derselbe hat es vortrefflich verstanden, alle der Regierung mißliebigen Stimmen in der Tagespresse zum Schweigen zu bringen. — Die hiesigen beiden Regierungs-Organe, der russische „Dniwnik“ und der polnische „Dziennik“, haben unter der neuen gemeinschaftlichen Redaktion, unter der sie sich seit Neujaer befinden, ihr Format und mit demselben den Kreis ihrer Mittheilungen bedeutend erweitert. Die neue Redaktion, die vom russischen Universitätsprofessor Weinberg geleitet wird, enthält sich grundsätzlich aller Mittheilungen und Bemerkungen, welche das polnische Nationalgefühl irgendwie verletzen könnten, und hat deshalb auch jene verleumderischen und den Polen so sehr verhassten Berichte aus der polnischen Emigration, mit denen die beiden Regierungsorgane früher so gern ihre Spalten füllten, gänzlich aufgegeben. Sie hat sich dagegen zur Hauptaufgabe gestellt, ihren Lesern ein möglichst vollständiges Bild von der fortschrittlichen Entwicklung der kommunalen Verhältnisse und der industriellen und kommerziellen Thätigkeit in Rußland zu liefern, und diese Aufgaben sucht sie mit Eifer und Geschick zu lösen. — Die hiesigen Volkskinder erweitern den Kreis ihrer Wirksamkeit immer mehr und erweisen sich für die ärmeren Klassen als eine wahre Wohlthat. Von den drei hier bestehenden derartigen Anstalten hat jede im verflossenen Winter täglich durchschnittlich 300 Portionen Mittagessen ausgegeben.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 11. März. (Tel.) Die Regierung hat eine Erhöhung der Schaafsteuer angeordnet, durch welche die Staatseinnahmen um jährlich 1 Million Pfd. Sterl. erhöht werden sollen.

Bukarest, 11. März. (Tel.) Die Deputirtenkammer hat heute die Eisenbahndebatte mit großer Lebhaftigkeit fortgesetzt. Zu einem Resultat ist es bisher nicht gekommen. Es sind 34 Reden eingeschrieben. Die Reden sind größtentheils mehr allgemein politischer als sachlicher Natur. Namentlich werden die deutsch-französischen Verhältnisse mehrfach in die Debatte hineingezogen. Voraussichtlich wird es erst in nächster Woche zu einem Schluß der Debatten und zur Abstimmung kommen.

Mergerische Auftritte hat es in der Stadt Mexiko zwischen Deutschen und Franzosen gegeben. Letztere wollten die Eskorten an der Feier der deutschen Siege verhindern und griffen zu Gewaltthatigkeiten, wobei sie den Kürzeren zogen. Die Ortsbehörde befahl des Friedens wegen die Entfernung der deutschen Fahne von dem Hause, in dem die Feier abgehalten wurde, was die Deutschen als eine nationale Beleidigung aufzufassen. Die ganze Schuld liegt natürlich auf Seiten der Fran-

zosen, welche verpflichtet waren, Anderen die Freiheit zu gönnen, welche sie für sich selbst mit Recht beanspruchen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 13. März.

— In Bezug auf die Anordnungen wegen Zurückführung der Armee auf den Friedensfuß erfahren wir, daß diejenigen Freiwilligen, welche vor Beginn des militärisch-thätigen Alters oder vor Ablauf der ihnen gewährten Frist freiwillig in den Dienst eingetreten sind, sofern sie es wünschen, sofort entlassen werden sollen. (Die Entlassung der Freiwilligen bei den hiesigen Ersatztruppen ist auf Grund dieser Bestimmung bereits heute erfolgt.) Dagegen soll es denjenigen Freiwilligen, welche es wünschen, gestattet sein, bis zur vollständigen Ableistung ihrer Dienstpflicht bei der Fahne zu verbleiben. Was die von der Ersatzreserve gestellten Mannschaften anbetrifft, so sollen diejenigen, welche drei Monate gedient, als ausgebildet betrachtet werden, alle übrigen sollen in das Verhältniß der Ersatzreserve zurücktreten; dabei ist zugleich angeordnet worden, daß die Mannschaften der vorerwähnten Kategorie, welche bei der Entlassung brodblos dastehen, auf ihren Wunsch im Dienste verbleiben können. Für die Garnisonbataillone und für die gegenwärtig interimistisch besetzten Besatzungstruppen ist die Demobilisirung angeordnet, ebenso ist die Desarmirung der Festungen und der Küstenbefestigungen anbefohlen. Endlich ist eine Ordre ergangen, welcher zufolge nach vollständiger Durchführung der Demobilisirung der Armee die vier ältesten Jahrgänge der Landwehr zum Landsturm übergeführt und ihrer ferneren Dienstpflicht entbunden werden sollen.

— Die Demobilisirung kommt, soweit dies die Garnison Posen betrifft, in folgender Weise zur Ausführung:

Heute (Montag) früh gingen die Ersatz-Reserve der 1. Klasse von den Garnison-Bataillonen 7 und 46, je 180 Mann, nach Pleschitz und Sprottau behufs ihrer Entlassung ab. Nächsten Mittwoch (den 16. d. M.) spätestens Donnerstag, werden sämtliche Garnisonbataillone in Posen aufgelöst. Ferner werden diejenigen Landwehr-Bataillone, welche vom Kriegsschauplatz zurückkehren, bei ihrer Ankunft entlassen und gelangen zuletzt die im Salade verbliebenen Besatzungstruppen zur Auflösung. Von allen diesen Bataillonen bleiben nur soviel Offiziere und Mannschaften zurück, als zur Abwicklung der Geschäfte erforderlich sind. Von den Ersatz-Bataillonen werden die vorhandenen Wehrmänner, mit Ausnahme derer des jüngsten Jahrganges, ebenfalls entlassen. Dagegen verbleiben diejenigen Landwehrmänner, welche als Korporalschaftsführer bei den gefangenen Franzosen kommandirt sind, in ihrer Stellung. Außerdem ist mit Rücksicht auf die Verlegung der Ersatzschwadron des Dragoner-Regiments Nr. 14 nach Frankreich die zugehörige Depot-Schwadron, welche in Posen stand, behufs ihrer Auflösung Sonntag den 12. d. M. nach Elisa befördert worden.

— Die engere Wahl zum Reichstage im Wahlkreis Frankthal-Eissa zwischen dem Kreisrichter v. Pustkammer und dem Probst Klud ist auf den 16. März angelegt. — Bei dieser Gelegenheit berichten wir einen Druckfehler, welcher sich in die uns aus Frankthal, 7. März (Nr. 118), zugefandene Mittheilung über das Stimmverhältniß bei der Reichstagswahl vom 3. März eingeschlichen hat. In der Zusammenstellung der verschiedenen Wahlbezirke soll es nämlich statt Heiersdorf „Heiersdorf“ heißen. Auch Heiersdorf gehört zum Wahlkreis Frankthal-Eissa, doch hat daselbst Herr v. Massenbach das Uebergewicht, während er in Heiersdorf unterlag.

— Das Friedensfest, welches der allgemeine Männergesangs-Verein am Sonnabend im Volksgartenaal veranstaltet hatte, war außerordentlich fröhlich von den zahlreichen Mitgliedern des Vereins und deren Angehörigen besucht. Nach einem Friedensfestmarsche, komponirt von dem Kapellmeister des Volksgarten-Theaters, Hrn. Molnar, hielt Hr. J. B. Mann die schmerzreiche Rede, in welcher derselbe einen Rückblick auf den so siegreich durchgeführten Kriegerkampf warf; zum Schluß der Rede fiel der Sängerkhor mit einem musikalischen Hoch ein. Es wurde darauf das Kreuzer'sche Lied: „An das Vaterland“ gesungen und alsdann die Offenbach'sche Operette „Frischens und Bessens“ von Hrn. Buchwald und Hrn. Heinke aufgeführt. Dem Abtheilung Männerchor „Mit Gott für König und Vaterland“ folgten drei lebende Bilder: „Abschied der Sängers aus der Heimat“, „Bild aus dem Lagerleben“ und „Heimkehr der Sängers aus dem Kriege“. Der verbindende Prolog zu diesen lebenden Bildern, gebildet von Hrn. Blumenreich, wurde von demselben auch gesprochen, und wurde außerdem zu jedem Bilde von dem Sängerkhor ein geeigneter Gesang ausgeführt. An diese eigentliche Festfeier schloß sich alsdann ein Tanzkränzchen, welches die heiteren Festgenossen bis zu früher Morgenstunde zusammen hielt.

— Personalien. Der Kreisrichter Dr. Bleich in Schneidemühl ist an das Kreisgericht in Schubin mit der Funktion als Abtheilungspräsident bei diesem Gericht versetzt worden.

— Die bauliche Thätigkeit beginnt bei der jetzigen milden Witterung schon sich zu regen. Auf der Gr. Ritterstraße sind die Bauten der neuen Grieschen Gebäude auf dem ehemals Pilsastischen Grundstücke bereits aufgenommen, und soll in Dinselt die Bauthätigkeit bei der neuen Provinzial-Srennanstalt schon in der nächsten Woche beginnen.

— Die Untersuchung gegen den Raubmörder Bachowski (früher Bachulski) führt — wie der „Eas“ berichtet — auf Schwierigkeiten. Derselbe hat nämlich drei Namen geführt: Bachowski, Szjarski und Szulewsky, und die Untersuchung ergibt, daß keiner von diesen drei Namen der richtige ist. Man vermutet, daß noch andere Verbrechen auf dem Indiziaten lasten, die er unter seinem wirklichen Namen begangen hat. Derselbe ist bekanntlich, nachdem er den Professor Rejchner in Kralau ermordet hatte, in Posen aufgefunden worden.

S. Putz, 8. März. [Schulrevision.] Am 6. d. Mts. hielt der Provinzial-Schulrath Hr. Himmel aus Posen in der hiesigen latth. Schule eine Revision ab. Wie wir hören, hat Hr. Himmel sich über das Resultat der Revision günstig ausgesprochen; wir glauben nicht zu irren, wenn wir anführen, daß den betreffenden Lehrern, in Anbetracht der kleinen Gehälter und unverhältnismäßig hohen Preise der Lebensmittel eine Gratifikation sehr erwünscht wäre.

S. Putz, 9. März. [Verloren.] Vor mehreren Monaten vernichtete der Gerichts-Geführer Paluzkiewicz die eingezogenen Gelder im Betrage von 70 Thlr. Die damals angestellten polizeilichen Recherchen nach dem Verbleib des Geldes resp. Ermittlung des Diebes hatten kein Resultat, obgleich mehrere Personen dieserhalb vernommen worden waren. Gestern nun fand das Dienstmädchen der Frau B. im Strohsack, welcher früher von B. genutzt worden war, die so lange gesuchte Summe, die sofort der hies. Behörde übergeben wurde. Der Verlierer oder Besohlene wurde hierauf telegraphisch in Kenntniß gesetzt und die qu. Summe an die Staatsanwaltschaft abgesandt. Ob diese nun das eingeleitete Verfahren einstellen, oder die Personen, die beim Finden des Geldes zugegen waren, v. n. nehmen lassen wird, ist noch nicht entschieden.

W. Kreis Krotoschin, 8. März. [Provinzial-Gärtner-Lehr-Anstalt.] Der neue dreijährige Kursus zur Aufnahme von Böglingen an der l. Provinzial-Gärtner-Lehranstalt zu Krotoschin ist auf den 1. April c. bestimmt und wird wie bisher nicht nur der Unterricht, sondern den Böglingen auch Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Wäsche unentgeltlich ertheilt. Der Unterricht, welcher in dieser Anstalt ertheilt wird, umfaßt: Gemüsebau, Obstzucht, Obstbaumzucht, Obstkultur und insbesondere Obstbaumzucht, Baumpflege, Lehre vom Baumschnitt, Weinbau, Anzucht von Ziergehölzen, Botanik, Pflanzengestaltung, Anleitung zum Anlegen von Gärten, Biergarten und Hopfenbau, Kultur von Gewächshauspflanzen und dienen hierfür zur Unterstützung des Unterrichts: Obstgarten, Baumschulen, Gemüsegarten, Blumen- und Kleingärten und außerdem noch ein Gewächshaus und Mist-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Verkaufsstellen in Posen: General-Depot und Haupt-Niederlage bei **Gebr. Pleßner**, Markt 91; in Rentomysł Hr. **A. Hoffbauer**; in Zaragewo Hr. **Salamon Zucker**; in Bentischen Gr. **H. Hammerd**; **A. Jaeger**, Konditor in Grätz; in Schrimm die Hrn. **Cassiel & Co.**; in Obornik Hr. **Isaac Karger**; in Arnitt Hr. **J. F. E. Krause**; in Rogowo Hr. **J. Joseph**; in Santomysł Hr. **Süssmann Lewel**; in But Hr. **J. Nikiewicz**; in Gollanz Hr. **Herm. Berg**; in Gjerniefewo Hr. **Marcus Wilkowsky**; in Schroda Hr. **Fischel Baum**.

1890

Eine Nähmaschine ist billig zu verkaufen. St. Adalbert 5 beim Wirth.

Speier's perm. Ausstellung,
Berlin, Leipzigerstrasse 37.

Kranken - Wagen, Betten, Stühle, Closets, von überraschend zweckmässiger Konstruktion, in wahrhaft grossartiger Auswahl, jeder denkbaren Anforderung entsprechend.

Wagen zum Selbstfahren,
Non plus ultra,
1 Universalstuhl,
jeder Bewegung des Körpers folgend,
Spiralbetten
meiner Erfindung, bekanntlich die besten, in erstaunlicher Auswahl 4-100 Thlr.

50 % Ersparniß!

Gut Amerikanisches Kaffeeschrot

von Dommerich & Comp. in Magdeburg.

Das Amerikanische Kaffeeschrot wird von dieser Fabrik seit Jahren in großen Massen nach den Vereinigten Staaten exportirt und hat sich dort in Folge seiner vortheilhaften Zusammenstellung außerordentlich verbreitet, da es die billigeren Sorten des indischen Kaffees vollständig ersetzt und für bessere Qualitäten einen höchst angenehmen Zusatz bildet.

Bei dem billigen Preise, der nur die Hälfte des gewöhnlichsten indischen Kaffees beträgt, kann nur jeder Hausfrau empfohlen werden, das Amerikanische Kaffeeschrot zu prüfen; sein guter Gehalt ist schon durch den sehr aromatischen Kaffeegeruch zu erkennen.

Zu haben in den Depots:

Deutschland bei Herrn H. Mansard,
Bojanowo bei Herrn F. Gildner,
Bräb bei Herrn J. Ponicka,
Bul bei Herrn J. Ponicka,
Gumpin bei Herrn Adam Liszewski,
Garnikau bei Herrn Ph. Sternberg,
Frankfurt b. bei Herrn J. G. Grossmann sel. Söhne,
Gilehne bei Herrn S. M. Samter,
Gräb bei Herrn R. Tücher,
Gubrau bei Herrn F. Fiebach,
Herrstadt bei Herrn J. M. Miodowski,
Kreuz b. Gilehne bei Herrn Aug. Moersig,
Krossen bei Herrn Herm. Krayn,
Lissa bei Herrn Moritz Moll jr.

Tapeten

habe wiederum in den neuesten, geschmackvollsten Dessins empfangen, und empfehle solche zu billigsten Fabrikpreisen.

M. D. Cohn
in Gräb.



Uhren.
gut abgezogene, richtiggehende Cylinderuhren für nur 6 1/2 Thlr., mit Goldrand 6 2/3 Thlr. empfiehlt unter Garantie
C. Hahn, Breitestr. 19.

Von dem in unserem Verlage erschienenen

Gefangbuch

für

die evangelischen Gemeinden der Provinz Posen
halten wir stets gebundene Exemplare zu dem Preise von 15 Sgr.
bis 4 Thlr. auf Lager.

Sofbuchdruckerei von W. Decker & Co.

Wichtig für den gesammten Handelsstand!
Im Verlage von **Haasenstein & Vogler** in Hamburg erschien so eben und wird gegen Einleitung von 1 Thlr. Pr. Cst. versandt:
Hamburger Firmen-Register.
Verzeichniß der bis Ende 1870 erfolgten Eintragungen in das Hamburger Handelsregister. Herausgegeben von Dr. Hermann, Aktuar des Hamburger Handelsgerichts. 20 Bogen gr. 8. Carton. Das Register, welches eine alphabetische Zusammenstellung aller noch bestehenden Firmen und Prokuren, einschließlich der Aktiengesellschaften und Genossenschaften enthält, erscheint hiermit zum ersten Male seit Führung der Protokolle.
Haasenstein & Vogler in Hamburg.

Ein möbl. Parterre-Zimmer Schützenstr. 4 sofort zu vermieten.

Ober-Inspektor-Posten. Der Besitzer von zwei Rittergütern — im Regierungs-Bezirk von Frankfurt a. Oder belegen — sucht einen tüchtigen, selbstständigen **Wirtschafts-Beamten** zum 1. April ex. Die Stellung ist eine dauernde, wie vortheilhafte und wollen sich hierauf R. stellende event. auch verheirathet — an das landwirthschaftliche Bureau von Joh. Aug. Goeth in Berlin, Rosenthalerstrasse 14, wenden.

Das Dominium **Sarbia** bei Mesisto sucht zum sofortigen Antritt oder zum 1. April d. J. einen tüchtigen unverheiratheten

Wirtschaftsbeamten,
evangelischer Konfession, der auch der polnischen Sprache mächtig ist, bei freier Station 120 Thaler Gehalt.
Vereinigung gute Atteste, persönliche Vorstellung erwünscht.

Ein verheiratheter militärfreier

Schäfer,
katholisch, dem die besten Zeugnisse zur Seite stehen, auch einer Stammschäferi vorstehen kann, sucht zum 1. Juli d. J. eine anderweitige Stellung. Alter 34 Jahr.
Gefällige Offerten nimmt entgegen und nähere Auskunft ertheilt
Niederwies bei Bül.
Valentin Langner.

Für mein Tuch-, Manufaktur- und Garderoben-Geschäft suche ich einen jungen Mann der einigermaßen die

Buchführung
versteht und polnisch spricht.
D. Davidsohn,
in Gniwskow.

Im Nähen geübte Fräul. finden dauernde Beschäft. Kl. Gerberstr. 3 im Hofe parterre I

Für meine Material-Waaren und Zigarren-Handlung suche ich

1 Commis u. 1 Lehrling.
Antritt bald oder per 1. April ex.
J. v. Kodrzenski.

Tüchtige Schriftseher
finden sofort dauerndes Engagement bei

W. Decker & Co.,
Posen.

Einen unverheiratheten Colporteur sucht

Louis Türk, Wilhelmplatz 4.

2 Commis

für mein Manufaktur-Geschäft, der polnischen Sprache mächtig, finden sofort Engagement bei

Joseph Prager
in Thorn

Für unsere Buchhandlung suchen wir einen mit den nöthigen Schullehrerkenntnissen versehenen jungen Mann als Lehrling, der beider Landessprachen mächtig ist.

M. Leitgeber & Co.

Ein Volontair
findet Engagement bei
S. A. Krueger,
Friedrichstr. 32a.

Ein, in Küche und Landwirthschaft nicht un- erfahrene, junges, anständiges

Mädchen,
wird zur Stütze der Hausfrau von mir gesucht.
Neugedank bei Oberklo.

F. W. Lindemann,
Gutspächter.

Ein **Commis**, Materialist, mit guten Zeugnissen verl., sucht sof. Stell. Gef. Off. verb. erbeten B. B. 66. bei Hrn. Kaufmann & Palmo hier. Annoncen-Expedition, niedergeliegen.

M. 15. III. A. 6 1/2 Bf. III.

Vorträge
des Posener Hilfsvereins.
Sterns Hôtel de l'Europe.
Mittwoch den 15. März
Abends 8 Uhr
5. Vortrag.

Herr Gymnasiallehrer Dr. Brieger:
Preussische Denker und Dichter.

Billets à 15 Sgr. sind in der Musikalien-Handlung von **Hock & Hock** (Kyllus Hotel) zu haben.

"שעיה נ"
Im Betsaal Friedrichstrasse 28: Vortrag über „Jesajas 53“ Dienstag den 14. März, Abends 7 1/2 Uhr.
Prediger D. A. Heffer.

Familien-Nachrichten.
Unser Schwiegersohn **Wilhelm Bornhardt**, Direktor der Gasanstalt in Stettin, ist gestern Abend sanft entschlafen. Dies allen theilnehmenden Verwandten und Freunden statt jeder besonderen Meldung mit der Bitte um stille Theilnahme.
Hermann Bielefeld und Frau, zugleich im Namen unserer Tochter **Helene Bornhardt**, geb. Bielefeld.
Posen, den 12. März 1871.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Fräul. Vina v. Kloeden in Berlin mit Kaufmann Hugo Kühnemann in Stettin, Fräul. Louise Koch in Duderstadt mit Hrn. Hugo Pfeiffer in Berlin, Fräul. Therese Behm in Berlin mit Grenzaufer Hugo Grotius in Hamburg, Fräul. Marie Richter in Leipzig mit Landwirth und Gärtnerbesitzer Wilhelm Förster in Bregitz.

Geburten. Ein Sohn: dem Hof-Photograph Theodor Samrat in Berlin, dem Förster Robert Grouble in Forsthaus Eiferbude bei Bielefeld, dem Lehnknechtengutsbesitzer Julius Streichan in Dabendorf bei Posen, Hrn. Gustav Urlaub in Frankfurt a. D., dem Hauptmann Richter, dem Rittergutsbesitzer Carl Kroll in Bielefeld. Eine Tochter: Hrn. Emil Hahn in Berlin, Herrn Ph. v. Köhring in Spandau, dem Bürgermeister Emil Jacoby in Driesen, dem Vorsteher des Kornmessen'schen Waisenhauses Jacquet in Berlin, dem Pastor Mähe in Derben b. Porey.

Todesfälle. Frau Johanna Baumbach, geb. Daniel in Berlin, Herr Fritz Würdner in Berlin, Frau Charlotte Esow, geb. Schmacher in Berlin, pensionirter R. Kutscher Fr. Tiele in Charlottenburg, Major a. D. Ferd. Ed. Heinrich Victor Anton v. Bernhardt in Frankfurt a. D., Herr Carl von Sönger in Grabow, Landrath Louis Heinrich Stahlberg in Breslau, Frau Caroline Frein v. Nichte-hofen, geb. Frein Grote in Breckelsdorf, Fräul. Anna von Weltheim in Städt, Wirklicher Geheim Rath Dr. jur. Friedrich von Krofzig in Groß Böhla, Appellationsgerichts-Referendarius Georg Friedrich Buchholz in Gardelegen, Frau Pauline Hübler, geb. Menide in Berlin, Geh. Justizrath und Kreisgerichts-Direktor Wilhelm Steinbeck in Brandenburg a. S., Dr. phil. Ananias Küst in Zehlendorf, Frau Friederike Voigt, geb. Wenzel in Spandau, Hof-Wagen-Fabrikant August Bahr in Stettin, Artillerie-Hauptmann a. D. Carl August Kosmann in Breslau, Kreis-Gerichtsrath Eugen v. Brochhausen in Naugard, Frau Lieutenant Louise Schröder, geb. Willnow in Prigitz, Superintendent und Pastor prim. Friedrich Zachler in Oppeln, Fräul. Anna Thelia Gräfin Zgelfström in Wiesbaden.

Stadt-Theater in Posen.

Montag den 13. März. Erstes Gastspiel des Fräul. Anna Schramm von Wallner-Theater zu Berlin. **Das Wäldchen aus Schöneberg.** Volksstück mit Gesang in 3 Akten und 6 Bildern, von W. Neufeldt. Musik von demselben.

Dienstag den 14. März. Zweites Gastspiel des Fräul. Anna Schramm von Wallner-Theater zu Berlin. Zum ersten Male: **Fürs Theater laß ich mein Leben.** Schwan mit Gesang in 1 Akt von H. Salinger. Musik von R. Bial. **Eine verfolgte Unschuld.** Originalposse mit Gesang in 1 Akt von C. Pohl. Musik von Conradi. **Am Klavier.** Lustspiel in 1 Akt von Th. Barriere und Jules Forin. Nach dem Französischen frei bearbeitet von M. A. Granjean. Zum Schluß: **Ein Soloscherz.** Vorgelesen von Fräul. Anna Schramm, als Gast.

Dem geehrten Publikum die Anzeige, daß Fräul. Anna Schramm nur Montag den 13. und Dienstag den 14. möglich war, wegen anderweitiger Verpflichtungen länger zu verbleiben.

In Vorbereitung: **Siegen oder Brechen.** Lustspiel in 4 Akten von Wichart.

Emil Tauber's Volksgarten-Theater.

Montag den 13. März: **Monsieur Hercules.** Das Versprechen hinterm Heerd. Ballet u.

Die Direction.
Eisbeine morgen Dienstag den 14. d. M. Volkmann, Winterstr. 17.

Gegen Magenkrampf,
sicherstes Mittel, ärztlich begutachtet,
Urban's Ingverextract
1/4 Fl. 20 Sgr., 1/2 Fl. 10 Sgr zu haben
bei **Ed. Feckert jun.** in Posen.

Sam. Kantorowicz jun.,
Wasserstraße 2.

Empfehlte alle Sorten Chocoladen, Confituren, Bonbons u. Racahout. Auswärtige Aufträge werden baldigst erbeten und schnell ausgeführt.

Sam. Kantorowicz jun.,
Wasserstraße 2.

Einem oder mehreren Wieder-Veräußern und Käsefabrikanten überläßt das hiesige Dominium wöchentlich 2 bis 3 Centner

frischen molkenfreien Käse

zum Preise von 5 Thlr. pro Ctr. Interessanten mögen sich beim hiesigen Wirthschaftsamt melden.

Ludomer

Dominial-Verwaltung.

Nach Queensland
in Australien

zwischen dem 15. April und 1. Mai Landleute und ledige Dienstmädchen mit Vorschuss der Passage.

Louis Knorr & Co.
in HAMBURG.

Dampferverbindung
zwischen Stettin und: Stolp, Danzig, Königsberg i. Pr., Riga, St. Petersburg (Stadt), Copenhagen, Gothenburg, Kiel, Genua, Hamburg, London unter-
regelmäßig bis zum Schluß der
Rud. Christ. Gribel in Stettin.

